

**Mittelfristige Prognose der
österreichischen Wirtschaft
2004-2008**

Juli 2004

SPERRFRIST: Donnerstag, 29. Juli 2004

Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 2004-2008

Juli 2004

Die ökonometrischen Modellprognosen
werden von einer Arbeitsgruppe
der Abteilung Ökonomie erstellt:

**Bernhard Felderer
Ines Fortin
Daniela Grozea-Helmenstein
Christian Helmenstein
Helmut Hofer
Reinhard Koman
Monika Riedel
Ulrich Schuh
Edith Skriner**

**Ökonometrisches Forschungsprogramm
des Instituts für Höhere Studien**

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung und Zusammenfassung	1
Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse	4
Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse	5/6
2. Die internationale Konjunktur	7
2.1. Internationale Konjunkturprognosen	7
2.2. Länderprognosen	9
Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen	16
3. Die österreichische Außenwirtschaft	17
Abbildung: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten	19
4. Perspektiven der Inlandskonjunktur	20
Abbildung: Sparquote der privaten Haushalte	20
Abbildung: Wachstumsraten von BIP und Bruttoinvestitionen, real	21
Abbildung: Inflationsrate in Österreich	23
5. Monetäre Prognose	26
Tabellenanhang	28

1. Einleitung und Zusammenfassung

Gefestigte Konjunkturlage im Prognosezeitraum

Die österreichische Wirtschaft wird im Zeitraum 2004 bis 2008 um durchschnittlich 2.3 % und damit um ½ Prozentpunkt schneller als im Durchschnitt der letzten fünf Jahre wachsen. In Einklang mit der internationalen Entwicklung erholt sich die österreichische Wirtschaft im Jahresverlauf 2004 und schwenkt auf einen stabilen Wachstumspfad ein. Der Konjunkturmehrpunkt wird in den Jahren 2005 und 2006 mit einem Wachstum von 2.5 % bzw. 2.4 % erreicht. In den Folgejahren schwächt sich das Wachstum geringfügig auf 2.2 % ab. Diese Prognose unterstellt, dass die sogenannte Outputlücke (Differenz zwischen aktuellem und Potenzialoutput) bis zum Ende des Prognosezeitraums geschlossen wird. Über den gesamten Prognosezeitraum hinweg wird das Wachstumstempo in Österreich damit geringfügig langsamer als in der Europäischen Union (2 ½ %) ausfallen. Die wesentlichen Wachstumsmotoren in den nächsten Jahren sind der Export, die rege Investitionstätigkeit und auch der stabile private Konsum. Im Vergleich zu der letzten Fünfjahresperiode belebt sich die Binnenkonjunktur, wozu auch die Steuerreform 2004 beiträgt, und der Außenbeitrag stützt weiterhin die Wirtschaftsentwicklung.

Seit Mitte 2003 expandiert die Weltwirtschaft kräftig. Besonders dynamisch entwickeln sich die Volkswirtschaften im asiatischen Raum, insbesondere getragen von der Wirtschaftsdynamik in China. Auch in Japan setzt sich der konjunkturelle Aufschwung in ungebrochen hohem Tempo fort. In den USA festigt sich der Aufschwung weiter. Nachdem die Konjunktur in der Eurozone im gesamten letzten Jahr schwach geblieben ist, beschleunigte sich das Wirtschaftswachstum zu Beginn des heurigen Jahres deutlich, wozu insbesondere die stark anziehende Exportnachfrage beiträgt. Eine positive Wirtschaftsdynamik weisen auch die neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union auf.

Dieser Prognose liegt folgendes internationales Konjunkturbild zugrunde. Im Laufe des heurigen Jahres wird sich die Wirtschaftsleistung in der Europäischen Union weiter stabilisieren. Ausgelöst wurde die Belebung im Euroraum von den positiven Signalen, die von der Weltwirtschaft ausgehen. Während sich das Wachstumstempo in den USA nächstes Jahr etwas abschwächen wird, sollte sich die Wirtschaftsleistung in Europa weiter beschleunigen. Dazu tragen die rückgestaute Nachfrage nach Investitionen und langfristigen Konsumgütern sowie das historisch niedrige Realzinsniveau bei. In den Folgejahren sollte sich das Wachstum der Europäischen Wirtschaft nur geringfügig abschwächen. Über den gesamten Prognosezeitraum wird die Europäische Union mit einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 2 ½ % weiterhin hinter den USA zurückbleiben (3 ½ %). Die letzten fünf Jahre waren durch eine Reihe von negativen Schocks gekennzeichnet, welche die Wirtschaftsentwicklung spürbar beeinflusst haben. Hierbei sind insbesondere die geopolitischen Unsicherheiten (11. September 2001, Irakkrieg) und die damit verbundene Entwicklung der Rohölpreise, das Platzen der Internetblase in den USA, die Finanzmarkt-turbulenzen, sowie die starke Aufwertung des Euros zu nennen. Die vorgelegte Prognose unterstellt, dass größere Schocks in den nächsten fünf Jahren ausbleiben. Weiters wird davon ausgegangen, dass die Wirtschaftsreformen in den größeren Ländern der Eurozone erfolgreich sein werden, und die deutsche Wirtschaft ein durchschnittliches Wachstumstempo von 1 ¾ % erreicht.

Der Ausblick für die heimische Binnenkonjunktur fällt mit einem durchschnittlichen Wachstum von 1.9 % um knapp ½ Prozentpunkt günstiger als in der Periode 1999 bis 2003 aus. Für diese Entwicklung ist primär das Anziehen der Investitionstätigkeit verantwortlich.

Der private Konsum wird die Konjunktur weiterhin stützen. Die durchschnittliche Wachstumsrate des Konsums wird sich auf 2 % belaufen. Die Steuerreform in 2005 führt zu einer Belebung der Real-einkommen. Allerdings werden die Haushalte, wie schon in der Vergangenheit, aufgrund der Steuerreform ihre Sparquote erhöhen. Ausgehend von einem Wert von 8.4 % im Jahr 2003, steigt die Sparquote bis 2005 auf 9 ¼ % und verbleibt bis zum Ende des Prognosezeitraums auf diesem Niveau.

Im Prognosezeitraum festigt sich die Investitionskonjunktur. Die Investitionen werden bis zum Jahr 2008 um durchschnittlich 2.9 % wachsen, nach 1.5 % im Durchschnitt der Periode 1999 bis 2003. Hierbei entwickeln sich die Ausrüstungsinvestitionen mit 4.4 % stärker als die Bauinvestitionen (1.5 %). Die Entwicklung bei den Ausrüstungen erklärt sich durch die Nachzieheffekte nach den starken Einbrüchen 2001/2002 sowie durch die konjunkturbedingte Belebung. Hinsichtlich der Baukonjunktur wird unterstellt, dass sich die Stabilisierung in der Bauwirtschaft im Prognosezeitraum fortsetzt.

Die zweite Hälfte der 90er Jahre war von einem deutlichen Integrationsprozess der österreichischen Wirtschaft in die Weltwirtschaft gekennzeichnet. In Folge des Konjunkturreinbruchs 2001 hat sich die Expansion der internationalen Handelsbeziehungen nur leicht abgeschwächt. Im Zeitraum 1999 bis 2003 sind die realen Exporte laut VGR pro Jahr um durchschnittlich 7.1 % angestiegen. Die österreichische Exportwirtschaft konnte somit Marktanteile gewinnen. Die Exportquote ist von 45.5 % des BIP im Jahr 1999 auf 52.6 % im Jahr 2003 geklettert. Die realen Importe laut VGR sind im Zeitraum 1999 bis 2003 trotz eher verhaltener Binnenkonjunktur um durchschnittlich 6.6 % gewachsen. Im Prognosezeitraum wird sich der Integrationsprozess der österreichischen Wirtschaft weiterhin fortsetzen. Die durchschnittliche Wachstumsrate der Exporte laut VGR beträgt 6 %, die Warenexporte werden um 7.2 % steigen. Aufgrund der anziehenden Binnenkonjunktur, etwa im Bereich der Ausrüstungsinvestitionen, bleibt auch die Importtätigkeit kräftig (5.4 % Importe laut VGR, Waren 6.5 %). Der Außenbeitrag trägt unverändert positiv zur Wirtschaftsentwicklung in Österreich bei.

Die gute Entwicklung der österreichischen Exportwirtschaft schlägt sich in der Leistungsbilanz nieder. Während im Jahr 1999 die Leistungsbilanz noch ein Defizit von 6.3 Mrd. Euro ausgewiesen hat, betrug das Defizit 2003 nur noch 2 Mrd. Euro. Im Prognosezeitraum sollte sich die Leistungsbilanz stetig verbessern und 2007 wieder einen positiven Saldo ausweisen. Insgesamt gesehen wird eine praktisch ausgeglichene Leistungsbilanz erwartet (Überschuss von 1 Mrd. Euro bzw. 0.4 % des BIP im Jahr 2008).

Mit einem durchschnittlichen Anstieg der Verbraucherpreise von 1 ¾ % wird die Preisentwicklung im Prognosezeitraum ruhig verlaufen, wobei die Inflationsrate die 2 %-Marke in keinem Jahr übersteigen wird. In den letzten Monaten hat die Inflation aufgrund der Rohölverteuerung wieder deutlich angezogen. Das Institut geht aber davon aus, dass dieser Anstieg nur temporär ist und keine ausgeprägten Zweitrundeneffekte auslöst. Aus Sicht des Instituts werden weder von der Wechselkursentwicklung noch von den Rohstoffpreisen zusätzliche preistreibende Effekte ausgehen. Aufgrund der beschäftigungs-

freundlichen Lohnpolitik steigen die Lohnstückkosten nur verhalten. Vor diesem Hintergrund wird eine stabile Inflationsrate von 1.8 % erwartet, die sich erst gegen Ende des Prognosezeitraums geringfügig abschwächt.

Mit der konjunkturellen Erholung belebt sich auch der Arbeitsmarkt. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten (ohne Karenz- bzw. KindergeldbezieherInnen, Präsenzdienler mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis und als beschäftigt gezählte SchulungsteilnehmerInnen) wird um durchschnittlich 0.7 % pro Jahr wachsen. Bis zum Ende des Prognosezeitraums werden per saldo 110,000 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Aufgrund des erwarteten deutlich steigenden Arbeitsangebots schlägt sich diese positive Beschäftigungsdynamik nur teilweise in einem Rückgang der Arbeitslosenquote nieder. Laut Modellprognose sinkt die Arbeitslosenquote (nationale Definition) bis zum Jahr 2008 auf 6.4 %. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition wird auf 4 % zurückgehen.

Die Steuerreform 2005 dominiert die Entwicklung der öffentlichen Haushalte. Für heuer rechnet das Institut aufgrund der schwächeren Steuereinnahmen mit einem Budgetdefizit laut Maastricht-Definition von 1.3 %. Nächstes Jahr wird wegen der Steuerreform das Budgetdefizit auf 1.8 % ansteigen. In den Folgejahren sollte sich das Budgetdefizit bis auf 0.4 % im Jahr 2008 reduzieren.

In der Wirtschaftspolitik wird der Fokus weiterhin auf der Verbesserung der Standortcharakteristika liegen müssen. Die Bemühungen sollten sich vor allem auf die Verminderung der Abgabenquote im Rahmen eines Gesamtkonzeptes eines wachstumsorientierten zukünftigen Steuersystems konzentrieren. Nach den positiv zu bewertenden Reformschritten bei der Körperschaftssteuer wird der Steuerwettbewerb beim Lohn- und Einkommensteuertarif weitere Veränderungen notwendig machen. Nach wie vor stehen auch die Lohnnebenkosten auf der Agenda. Diese Steuersenkungen werden nicht ohne weitere Einsparungen der Länder und des Bundes möglich sein. Die Anstrengungen zur Reform der öffentlichen Verwaltung, einschließlich Subventionsabbau, Überprüfung von Transfers, Reform des öffentlichen Dienstrechtes, E-government, etc. dürfen nicht nachlassen. Darüber hinaus ist eine Wirtschaftspolitik, die auf eine Verbesserung der Infrastruktur (Verkehrsverbindungen, Bildung) und auf die Förderung von Forschung und Entwicklung abzielt, zu begrüßen.

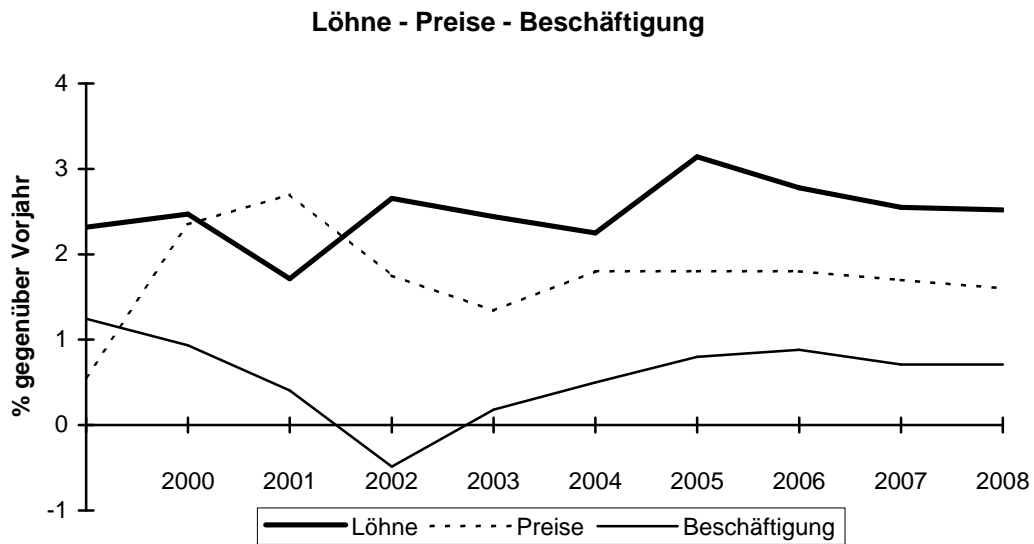
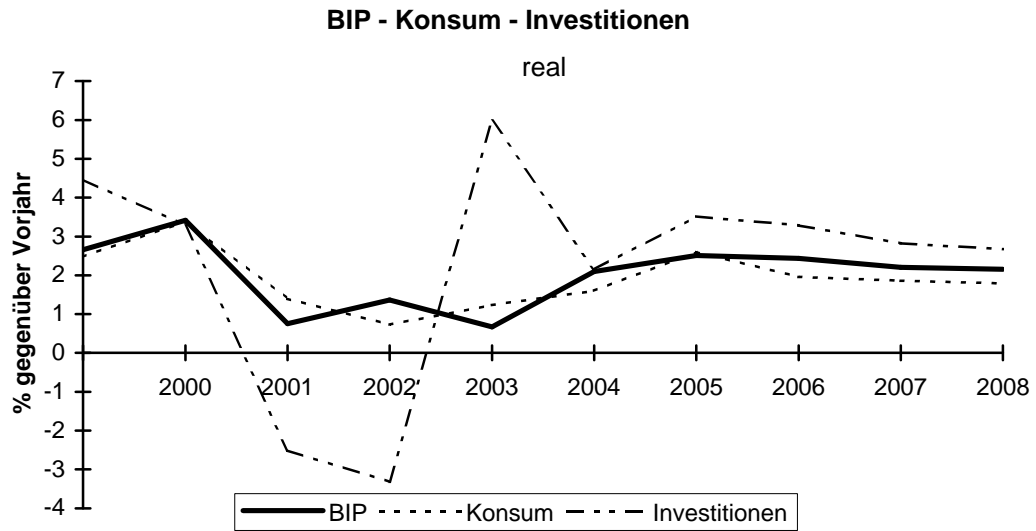
Wichtige Prognoseergebnisse

Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten in Prozent

	1999-2003	2004-2008
Bruttoinlandsprodukt, real	1.8	2.3
Privater Konsum, real	1.8	2.0
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	1.5	2.9
Ausrüstungsinvestitionen, real	2.9	4.4
Bauinvestitionen, real	0.4	1.5
Inlandsnachfrage, real	1.5	1.9
Exporte i.w.S., real	7.1	6.0
Waren, real (laut VGR)	7.3	7.2
Reiseverkehr, real (laut VGR)	2.2	1.8
Importe i.w.S., real	6.6	5.4
Waren, real (laut VGR)	5.8	6.5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	1.1	1.4
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	0.5	0.7
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ^{*)}	6.5	6.6
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ^{*)}	4.0	4.2
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2.3	2.6
Preisindex des BIP	1.5	1.6
Verbraucherpreisindex	1.7	1.7
3-Monats-EURO-Rendite ^{*)}	3.4	2.6
10-Jahres-EURO-Rendite ^{*)}	4.9	4.9
Leistungsbilanz (Mrd. €) ^{*)}	-3.5	0.3

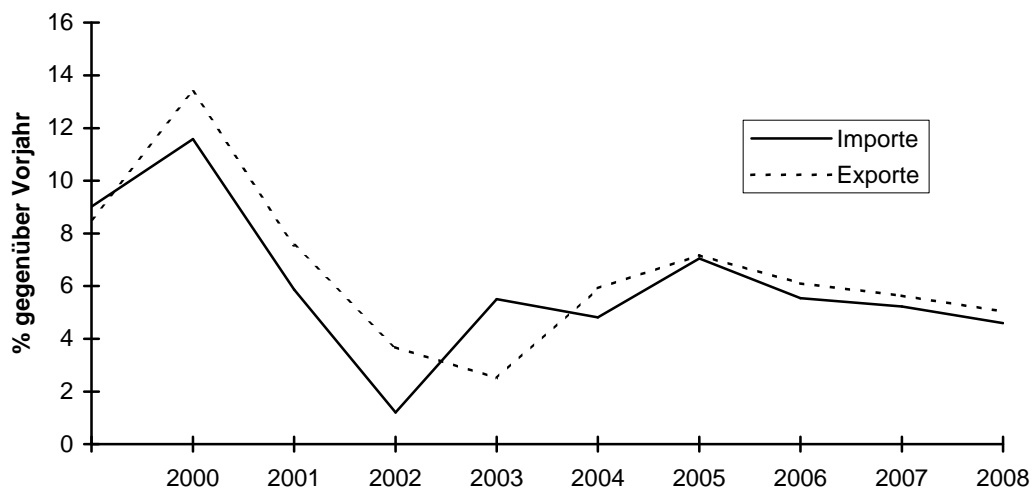
^{*)} absolute Werte

WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE /1



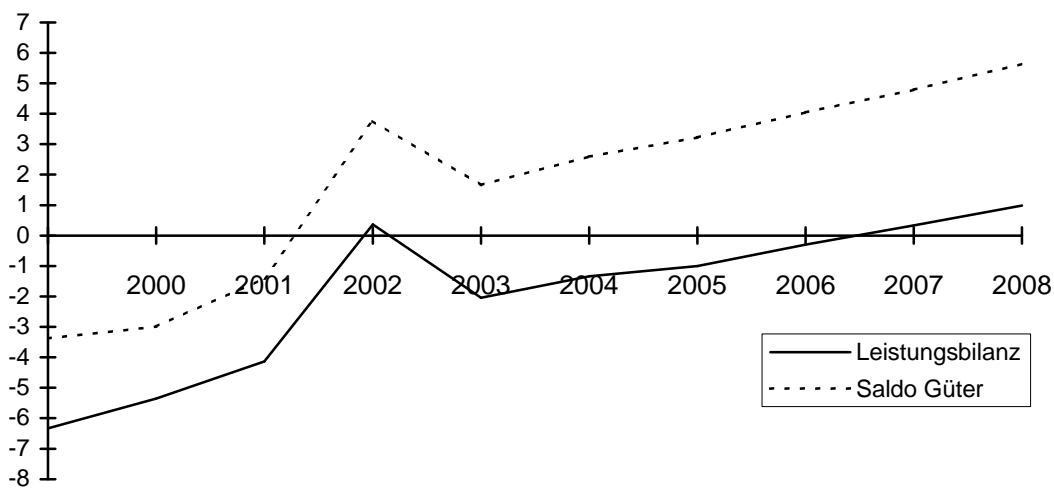
WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE /2

Importe (i.w.S.) - Exporte (i.w.S.)



in Mrd. €

Leistungsbilanz



2. Die internationale Konjunktur

2.1. Internationale Konjunkturprognosen

Im Zeitraum 1999 bis 2003 erlebte die Weltkonjunktur eine Boomphase, der ein ausgeprägter Abschwung folgte. Die Aufschwungphase in den Jahren 1999 bis 2000 war gekennzeichnet von niedrigen Rohölpreisen und aufstrebenden Finanzmärkten. Die globale Nachfragestärke führte jedoch weltweit zu einer Überhitzung. Massive Preissteigerungen, darunter vor allem bei Rohöl, waren die Folge. Die Unternehmensgewinne begannen zu sinken, womit auch die lang erwartete Korrektur an den Finanzmärkten einsetzte. Die güterverarbeitende Industrie geriet in eine Rezession. Trotz des konjunkturellen Abschwungs im Jahr 2001, der vor allem von den USA ausgelöst wurde, stiegen die Rohölpreise weiter an. Der Grund dafür ist primär in der steigenden Nachfragekraft der aufstrebenden Märkte Chinas und Indiens zu sehen. Neben dem Rohölpreis verhinderten auch Terroranschläge, der Krieg im Irak, Seuchen und Finanzskandale den globalen konjunkturellen Aufschwung. Erst im Jahr 2003 gab es Anzeichen für eine Erholung in der Weltwirtschaft, die von den USA und Asien ausging. Die globalen Handelsströme (nominell und in USD gemessen), die im Zeitraum 1999 bis 2003 um durchschnittlich 6.8 % zulegten, wuchsen im vergangenen Jahr um knapp 16 %.

Zu Beginn des Prognosezeitraums 2004 bis 2008 wird die Weltwirtschaft vom historisch niedrigen Zinsniveau, von der Festigung der Finanzmärkte und von einer wachsenden Investitionsbereitschaft der Unternehmer stimuliert. Der globale Warenhandel dürfte im laufenden Jahr um 19 % zulegen, wobei eine Ausweitung im Handelsvolumen und auch in der Preiskomponente stattfinden wird. Man kann daher davon ausgehen, dass die Geldpolitik weltweit wieder gestrafft wird. In den folgenden Jahren dürfte daher eine leichte Abschwächung in der globalen Konjunkturentwicklung einsetzen. Der globale Handel mit Waren wird im Prognosezeitraum um durchschnittlich 10 % pro Jahr wachsen.

Während der Rohölpreis im Zeitraum 1999 bis 2003 im Durchschnitt 24.9 USD pro Fass ausmachte, wird der Prognose ein Preis von 32 USD zugrunde gelegt. Angesichts der konjunkturellen Aufschwungsphase und der damit verbundenen Nachfragebelebung nach Rohöl unterstellt das Institut eine Produktionssteigerung von Rohöl um jährlich 2.3 %. Im Vergleich dazu wuchs die weltweite Rohölförderung in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 0.8 %. Dabei stieg die Nachfrage nach Rohöl in den Jahren 2000 und 2003 um knapp 4 %. Wechselkursseitig erwartet das Institut, dass der Euro in den kommenden Jahren nicht mehr an Wert dazugewinnt. Das Institut geht in der Prognose von einem Durchschnittswert von 1.20 USD aus.

Der Wirtschaftsaufschwung festigt sich im laufenden Jahr und erfasst alle Regionen der Welt. Während sich in Nordamerika und Asien jedoch bereits eine leichte Abkühlung in der Konjunkturentwicklung bemerkbar macht, beginnt der konjunkturelle Aufschwung im Euro-Raum erst zu greifen. Die industrialisierten Länder werden im Prognosezeitraum um durchschnittlich 3 % zulegen, verglichen mit 2.4 % in den vergangenen fünf Jahren. In den Emerging Markets werden die Wachstumsraten deutlich über dem Durchschnittswert der industrialisierten Länder liegen.

In den Jahren 1999 bis 2003 wuchs die Wirtschaft Lateinamerikas im Jahresdurchschnitt um 1.1 %, wobei im Ausnahmejahr 2000 ein Wachstum von knapp 4 % verzeichnet wurde. Aufgrund der schwachen globalen Wirtschaftsentwicklung gerieten die grenzüberschreitenden Kapitalflüsse ins Stocken und es galt den Preisverfall bei Rohstoffen (ohne Rohöl) und landwirtschaftlichen Produkten zu überwinden. Laut Economist Intelligence Unit wird das Wirtschaftswachstum der Region in den nächsten fünf Jahren um jährlich 3 ½ % zunehmen. Im vergangenen Jahr zeigte sich bereits eine konjunkturelle Belebung, der Impuls ging vor allem von den exportorientierten Branchen Lateinamerikas aus. Im laufenden Jahr wird sich die globale Nachfrage weiter verstärken, womit sich die Aussenwirtschaft der Region weiter ausweiten dürfte. In den nächsten Jahren werden vor allem niedrigere Zinsen und Verbraucherpreise die Wirtschaftsentwicklung der Region stimulieren.

Die Wirtschaft Asiens wuchs in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 3.1 %. Nach den turbulenten Ereignissen in den Jahren 1997 bis 2001 schwächte im Jahr 2002 die Lungenkrankheit SARS die Wirtschaftsleistung von Singapur, Hongkong und Taiwan ab. Im Jahr 2003 verzeichneten alle Länder ein starkes exportorientiertes Wachstum. Somit wurde die asiatische Wirtschaft die am schnellsten wachsende Region der Welt. Der größte Wachstumsimpuls geht von der Nachfragestärke Chinas aus. Das Wirtschaftswachstum Chinas betrug in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich 7.9 %. Die rege Investitionstätigkeit in der chinesischen Wirtschaft wird auch in den nächsten Jahren weiter zunehmen, was bedeutet, dass China weiterhin der Wachstumsmotor der Region bleibt. Wachstumsimpulse werden auch von Japan ausgehen. Das Wirtschaftswachstum Asiens wird sich daher im Prognosezeitraum im Jahresdurchschnitt auf 4 % beschleunigen.

In den vergangenen fünf Jahren wuchs die Wirtschaft der EU um 2 %, im Euro-Raum betrug das Wachstum 1.9 %. In den Jahren 1999 bis 2000 profitierte die Wirtschaft des Euro-Raumes von der starken Nachfrage aus den USA. Unterstützend wirkte dabei die Wechselkursentwicklung. Mit der belebten Exporttätigkeit nahmen auch die Investitionen kräftig zu. Im Jahr 2001 setzte jedoch eine starke Abschwächung in der konjunkturellen Entwicklung des Euro-Raumes ein, die sich im Jahr 2002 weiter verstärkte. Eine Ursache dafür war der drastische Anstieg der Rohölpreise. Betrug der Rohölpreis 1999 noch 17 USD (16 Euro) pro Fass, so stieg er im Jahr 2000 auf 29 USD (32 Euro) pro Fass an. Die zweite Ursache für die Abschwächung im europäischen Wirtschaftswachstum bildete die Rezession in der güterverarbeitenden Industrie in den USA im Jahr 2001. Im Jahr 2002 belebten sich die globalen Handelsströme wieder, die exportorientierte Wirtschaft des Euro-Raumes konnte jedoch aufgrund der Wechselkursentwicklung bis ins Jahr 2003 nicht davon profitieren.

Das Wirtschaftswachstum der EU wird im Prognosezeitraum durchschnittlich 2 ½ % betragen. Während die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs über dem europäischen Durchschnitt wachsen dürfte, bleibt Deutschland das Schlusslicht in der Wirtschaftsentwicklung. Erst im Jahr 2004 setzt ein Aufschwung im Euro-Raum ein. Mit dem Auslaufen des Wechselkurseffekts und der nun einsetzenden starken globalen Nachfrage steigen die Aufträge in den exportorientierten Branchen. Die Binnennachfrage entwickelt sich hingegen noch immer sehr verhalten. Hier mangelt es am Vertrauen der Konsumenten, das wegen der unsicheren Beschäftigungslage gedämpft bleibt. Strukturreformen, die auf eine Verbesserung am Arbeitsmarkt abzielen, sind bislang noch nicht erfolgreich umgesetzt worden. Eine Entlastung der

Einkommen zur Stärkung der Konsumnachfrage kann erst in den nächsten Jahren erwartet werden. Die konjunkturelle Flaute der vergangenen zwei Jahre hat in einigen Ländern zu einer Ausweitung der Staatsverschuldung geführt. Die Kriterien des Stabilitätspakts wurden somit in einigen Mitgliedstaaten überschritten. Ein vorrangiges Ziel der Wirtschaftspolitik im Euro-Raum ist es daher, die Schulden der öffentlichen Hand abzubauen.

2.2. Länderprognosen

Deutschland

In den Jahren 1999 bis 2003 wuchs die deutsche Wirtschaft im Jahresdurchschnitt um 1.2 %. Der Konsum der privaten Haushalte entwickelte sich im gleichen Tempo. Die Bauindustrie erwies sich in den vergangenen Jahren durchgehend als Schwachpunkt in der deutschen Wirtschaftsentwicklung. Nach der Wiedervereinigung setzte in Deutschland ein Bauboom ein. Damals wurden Überkapazitäten geschaffen, sodass der Bedarf an Neubauten noch immer rückläufig ist. Besonders starke Rückgänge wurden in den letzten Jahren im privaten Wohnbau verzeichnet. Die Ausrüstungsinvestitionen begannen erst im Jahr 2001 zu schrumpfen. Positiv entwickelte sich hingegen in den vergangenen Jahren die deutsche Außenwirtschaft. Die Exporte legten im Durchschnitt - trotz der globalen Nachfrageschwäche - vergleichsweise kräftig zu. Die Inflationsrate nahm in den vergangenen fünf Jahren jährlich um 1.3 % zu. Damit entwickelte sie sich unter dem Durchschnitt der EU. Nur im Jahr 2001 betrug die Teuerung knapp 2 %. In den Jahren 1999 bis 2000 verbesserte sich die Arbeitslosenquote um 1.3 Prozentpunkte, mit der konjunkturellen Schwäche verschlechterten sich jedoch die Bedingungen am Arbeitsmarkt wieder.

Das deutsche Wirtschaftswachstum wird in den kommenden Jahren wieder an Fahrt gewinnen. Im Prognosezeitraum dürfte es im Durchschnitt $1\frac{3}{4}$ % betragen. Die konjunkturelle Schwäche der letzten Jahre wurde zu Jahresbeginn 2004 überwunden. Der konjunkturelle Aufschwung wird sich im nächsten Jahr verstärken, wobei das Wachstum vorwiegend vom Export getragen wird. Strukturreformen, die auf eine Belebung der Inlandsnachfrage abzielen, sind noch nicht wirksam geworden. So werden auch keine Fortschritte im Abbau der Arbeitslosigkeit erwartet. Die Steigerung der Verbraucherpreise wird im Prognosezeitraum bei jährlich 2.3 % liegen.

Im Rahmen der Agenda 2010 hat die Bundesregierung im abgelaufenen Jahr eine Reihe von wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen begonnen. Positive Effekte für das Potenzialwachstum und die Beschäftigung sind am ehesten von den Reformen am Arbeitsmarkt zu erwarten. Reformen im Gesundheitswesen werden das System nicht so stark verändern, dass nachhaltig mit einer erhöhten Effizienz und mit einem niedrigen Kostenanstieg zu rechnen ist. Ein wichtiges Reformvorhaben bleibt die durchgreifende systematische Korrektur der Einkommensbesteuerung. Inwieweit diese Maßnahmen das Potenzialwachstum anheben, bleibt noch ungewiss.

Weitere westeuropäische Länder

Wie in Deutschland so verzeichnete auch die **italienische** Wirtschaft in den vergangenen fünf Jahren ein sehr schwaches Wirtschaftswachstum. Die dynamische Entwicklung und Flexibilität, traditionelle Merkmale der italienischen Wirtschaft, sind verloren gegangen. Die notwendig gewordenen strukturellen Veränderungen wurden noch nicht in ausreichendem Maße umgesetzt. Das schwache Wirtschaftswachstum der letzten zwei Jahre ist jedoch vor allem auf das ungünstige internationale Umfeld zurückzuführen. In den Jahren 1999 bis 2003 betrug das durchschnittliche Wirtschaftswachstum daher nur 1.4 %. Die Binnennachfrage war in Italien deutlich stärker ausgeprägt als in Deutschland. Der Konsum der privaten Haushalte, die Investitionstätigkeit bei den Anlagegütern und der Bausektor entwickelten sich relativ robust. Schwächer als in den Nachbarländern erwies sich hingegen die exportorientierte Wirtschaft, die mit der Einführung der gemeinschaftlichen Währung einen Wettbewerbsverlust hinnehmen musste. Hinzu kam auch, dass sich die Preisentwicklung in Italien nachteilig auf die Exportchancen der italienischen Industrie auswirkt. Die Inflationsrate betrug in den Jahren 1999 bis 2003 2.4 % und lag somit deutlich über dem Durchschnittswert des Euro-Raumes. Erfolge konnten hingegen in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erzielt werden. Die Arbeitslosenquote fiel von 11.3 % im Jahr 1999 auf 8.6 % im Jahr 2003.

In mittelfristiger Sicht dürfte sich das Wirtschaftswachstum Italiens wieder beschleunigen. Im Prognosezeitraum wird die Wachstumsrate im Jahresdurchschnitt auf 2 % geschätzt. Der Aufschwung der Weltwirtschaft wird maßgeblich dazu beitragen. Bereits im laufenden Jahr weiten sich die Wirtschaftsaktivitäten stärker aus als in den vergangenen Jahren. Mit dem Abflachen des Wechselkurseffekts kann man mit einer deutlichen Belebung in der Nachfrage nach italienischen Gütern und Dienstleistungen aus dem Ausland rechnen. Auch die Binnennachfrage bleibt robust. Es wird wieder mehr in Ausrüstungen investiert. Der Abbau der Arbeitslosigkeit schreitet weiter voran, jedoch verlangsamt sich das Tempo. Bei den Verbraucherpreisen ist in den nächsten Jahren mit einem jährlichen Anstieg von mehr als 2 % zu rechnen. Die Notwendigkeit einer Budgetkonsolidierung von Seiten der öffentlichen Hand lässt die stimulierenden Maßnahmen für die Wirtschaft geringer ausfallen.

Die Wirtschaft **Frankreichs** entwickelte sich in den vergangenen Jahren deutlich robuster als die deutsche oder italienische Wirtschaft. Im Jahresdurchschnitt betrug das Wachstum im Zeitraum 1999 bis 2003 2.2 %. In den vergangenen zwei Jahren verlor jedoch auch die französische Wirtschaft an Dynamik, nachdem sie in den Jahren zuvor hohe Wachstumsraten bei der Beschäftigung und beim BIP aufwies. Im Zeitraum 1999 bis 2003 gingen starke Wachstumsimpulse von der Inlandsnachfrage aus. Der Konsum der privaten Haushalte sowie die Investitionstätigkeit der Unternehmer reagierten positiv auf expansive fiskalische Maßnahmen der Regierung. So gelang es der französischen Wirtschaft, sich von den globalen konjunkturellen Schwankungen etwas abzukoppeln. Nur im vergangenen Jahr gab es einen Wachstumseinbruch bei den Exporten. Die Inflation stieg in den vergangenen fünf Jahren im Durchschnitt um 1.6 %, und der Arbeitsmarkt verbesserte sich zunehmend. Die Arbeitslosenquote sank von 10.7 % im Jahr 1999 auf 8.5 % im Jahr 2001. Mit der Abschwächung in der Konjunktorentwicklung in den vergangenen zwei Jahren nahm die Arbeitslosigkeit wieder zu, jedoch dürfte diese Entwicklung nur temporär sein.

Im Prognosezeitraum wird das Wirtschaftswachstum Frankreichs voraussichtlich bei durchschnittlich $2\frac{1}{4}$ % liegen. Seit dem Beginn des laufenden Jahres erholt sich die französische Wirtschaft vom starken Einbruch in der Exportwirtschaft, der vom schwachen Wirtschaftswachstum in den Nachbarländern und auch von der Euro-Stärke hervorgerufen wurde. In den kommenden Jahren wird von der französischen Außenwirtschaft ein positiver Wachstumsbeitrag erwartet. Die Inlandsnachfrage dürfte sich hingegen etwas abschwächen, was auf eine Verlangsamung bei den Konsumausgaben und bei den Bauinvestitionen zurückzuführen ist. Aufgrund der notwendig gewordenen Budgetkonsolidierung muss von Seiten der öffentlichen Hand mehr gespart werden, was sich vor allem im Investitionsbereich bemerkbar machen wird. Von den Ausgabenkürzungen wird vor allem der Bausektor betroffen sein. Somit wird sich auch der Arbeitsmarkt in den nächsten Jahren nicht mehr deutlich verbessern. Die Inflationsrate wird im Prognosezeitraum voraussichtlich bei 2.1 % liegen.

Die Wirtschaft des **Vereinigten Königreichs** entwickelte sich in den vergangenen fünf Jahren mit einem Wachstum von jährlich 2.5 % sehr robust. Der Arbeitsmarkt verbesserte sich, Inflationsdruck entstand dabei nicht. Während eine gezielte Geld- und Fiskalpolitik in den vergangenen Jahren zur makroökonomischen Stabilität beigetragen haben, konnten die strukturellen Probleme in der güterverarbeitenden Industrie nicht abgebaut werden. Es wurde zu wenig investiert und somit war auch der Produktivitätsfortschritt sehr enttäuschend. Die Wechselkursentwicklung machte es noch schwieriger, am internationalen Markt konkurrenzfähig zu bleiben. In den Jahren 1999 bis 2002 verzeichnete die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs eine starke Konsumnachfrage, die sich im Jahr 2003 kaum abschwächte, was als Ergebnis einer expansiven Steuerpolitik zu sehen ist. Die güterverarbeitende Industrie schlitterte hingegen im Jahre 2001 in eine Rezession, die erst im Jahre 2002 endete. Durch das Wechselkursverhältnis des GBP zum Euro gewannen ausländische Produkte gegenüber den inländischen Erzeugnissen einen Preisvorteil. Die Exportwirtschaft wurde dadurch stark beeinträchtigt, was in den Jahren 2002 und 2003 zu einer deutlichen Verschlechterung des Außenbeitrags führte. Der Arbeitsmarkt wurde von der konjunkturellen Schwäche in der güterverarbeitenden Industrie nicht betroffen. In den Jahren 1999 bis 2003 sank die Arbeitslosenquote von 5.9 % auf 5.0 %. Die Inflation betrug in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich 2.2 %.

Im Prognosezeitraum wird die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs wiederum um $2\frac{3}{4}$ % wachsen. Die Konsumnachfrage bleibt die Stütze der Konjunktur, auch dürften die Ausrüstungsinvestitionen wieder stärker zunehmen. Im Jahr 2005 wird sich die Wechselkursentwicklung positiv auf die Exportwirtschaft des Landes auswirken. Der Wertgewinn des Euro gegenüber dem Britischen Pfund bewirkt einen Wettbewerbsvorteil der exportorientierten Wirtschaft des Vereinigten Königreichs, womit nun auch in diesem Sektor ein Aufschwung eingeleitet wird. Die Inflation wird im Prognosezeitraum mit 2.7 % im Jahresdurchschnitt wieder etwas höher ausfallen als in den vergangenen fünf Jahren. Die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich auf 4 % sinken.

Die **Schweiz** zählt zu den reichsten Ländern der Welt, das Wirtschaftswachstum ist jedoch im Vergleich zu den anderen OECD Ländern sehr niedrig. In den Jahren 1999 bis 2003 wuchs das Schweizer BIP um durchschnittlich 1.1 %. Die Ursache für das schwache Wirtschaftswachstum begründet sich in strukturellen Faktoren. Die Produktivitätsfortschritte sind zu langsam und das Preisniveau ist im Vergleich zum internationalen Standard sehr hoch. Dies führte zu einer Schwäche in der güterverarbeitenden Industrie. Als

kleine, offene Wirtschaft hat die Außenwirtschaft des Landes jedoch eine besondere Rolle. Mit dem starken Wertgewinn des SFR gegenüber den wichtigsten Handelswährungen am Ende des Jahres 2001 brachen die Exporte ein und die Industrie der Schweiz geriet in eine Rezession. Nach einer Stagnation im Jahre 2002 verzeichnete die Schweizer Wirtschaft im Jahr 2003 einen Rückgang von 0.5 %. Die schlechte Stimmung breitete sich auf alle Wirtschaftsbereiche aus. Preissteigerungen konnten nicht weitergegeben werden. Die Arbeitslosigkeit nahm wieder zu.

Im Prognosezeitraum dürfte die Schweizer Wirtschaft jährlich um 1 ¼ % zulegen. Mit dem Aufschwung in der Weltwirtschaft dürfte die Wirtschaft der Schweiz im laufenden Jahr eine rasante Belebung verzeichnen. In den folgenden Jahren wird der Wachstumsimpuls von der Binnennachfrage kommen. Positiv sollte sich die jüngste Abschwächung des SFR gegenüber dem Euro auf die Absatzchancen der Schweizer Industrie auswirken. Die Exporte werden somit wieder stärker zunehmen, jedoch steigt auch gleichzeitig die Importtätigkeit, sodass der Wachstumsbeitrag des Außenhandels nur moderat ausfällt. Die Investitionstätigkeit erholt sich etwas. Vorausgesetzt wird dabei, dass die Geldpolitik expansiv bleibt, bis sich die Erholung in der güterverarbeitenden Industrie festigt. Das erwartete Wirtschaftswachstum der kommenden Jahre wird zu schwach sein, um den Arbeitsmarkt weiter zu entlasten. Die Arbeitslosenquote wird auf durchschnittlich 3.7 % geschätzt. Die Inflation wird jährlich 1.2 % betragen.

USA

Die Wirtschaft der USA erzielte im Zeitraum 1999 bis 2003 mit 2.7 % das höchste jährliche Durchschnittswachstum innerhalb der G-7 Länder, und gleichzeitig liegt es auch weit über dem OECD-Durchschnitt. Seit der Mitte der 1990er Jahre gelang es der US-Industrie, die Produktivität deutlich zu steigern, womit ein solides inflationsfreies Wachstum eingeleitet wurde. Die Wirtschaftskraft der USA stützt sich auf den privaten Konsum, der in den letzten fünf Jahren um durchschnittlich 3.8 % zugelegt hat und von einer expansiven Fiskal- und Geldpolitik profitiert hat. Die Investitionen nahmen in den Jahren 1999 und 2000 um durchschnittlich 10 % zu, sie schrumpften jedoch in den folgenden zwei Jahren. Einerseits geriet die güterverarbeitende Industrie in eine Rezession, da durch die Wechselkursentwicklung die Wirtschaft der USA an Wettbewerbsfähigkeit verlor. Andererseits führte auch der Einbruch an den Finanzmärkten zur Zurückhaltung bei den Investitionen. So nahm auch die Arbeitslosigkeit, die bis zum Jahr 2000 auf 4 % abgebaut wurde, wieder zu. Der Anstieg hat jedoch ausschließlich zyklischen Charakter. Im Jahr 2003 begann sich die güterverarbeitende Industrie von der Rezession der Vorjahre zu erholen, und somit nimmt auch die Bereitschaft der US-Unternehmer in Ausrüstungen zu investieren wieder zu.

Im Prognosezeitraum wird die Wirtschaft der USA im Jahresdurchschnitt um 3.5 % wachsen. Fortschritte wird es weiterhin in der Produktivität geben, von der Fiskal- und Geldpolitik des Landes ist hingegen kein stimulierender Effekt zu erwarten. Das hohe Budgetdefizit muss abgebaut werden, und auch die Geldpolitik wird wieder straffer ausfallen als in den vergangenen Jahren. Eine zentrale Rolle in der zukünftigen Konjunktorentwicklung spielt die Investitionsbereitschaft der Unternehmer. Der stimulierende Effekt, ausgehend von der wechsellkursbedingten Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit der US Wirtschaft, kommt langsam zum Tragen. Mit einem Abbau des hohen Leistungsbilanzdefizits kann in den nächsten Jahren jedoch nicht gerechnet werden. Das Wachstum der Konsumausgaben der Haushalte wird im Jahr 2004

einen Spitzenwert erreichen, in den folgenden Jahren dürfte es sich leicht abschwächen. Das Einkommen der Haushalte wächst zwar kontinuierlich, jedoch nimmt auch die Sparneigung der Haushalte weiter zu.

Japan

Die japanische Wirtschaft erlebte – mit Ausnahme des Jahres 2000 – in den Jahren 1999 bis 2002 eine Rezession. Das durchschnittliche Jahreswachstum der letzten fünf Jahre betrug daher nur 1.1 %. Die niedrige Wachstumsrate reflektiert die Tatsache, dass die Strukturprobleme der japanischen Wirtschaft in den vergangenen fünf Jahren nicht bewältigt werden konnten. Es fehlt an Innovationen in der Industrie und einer besseren Ausnutzung der Ressourcen. Das hohe Budgetdefizit, das durch Stimulierungsmaßnahmen zur Belebung der Wirtschaft entstanden ist, muss abgebaut werden. Am Arbeitsmarkt fehlt die notwendige Flexibilität. Die Haushaltsausgaben entwickelten sich in diesem Zeitraum sehr verhalten, weil die Unternehmen zahlreiche Entlassungen vornahmen. Die Investitionstätigkeit stagnierte in den vergangenen fünf Jahren, wobei sich die Ausrüstungsinvestitionen ausweiteten, die Bauinvestitionen in diesem Zeitraum jedoch stark zurückgingen. Erst die belebte Exportentwicklung im Jahr 2002 leitete einen Konjunkturaufschwung in der japanischen Wirtschaft ein. Einerseits profitierte die japanische Außenwirtschaft von der Nachfragebelebung in den USA, andererseits ist auch die Wechselkurspolitik der Bank of Japan auf eine Verbesserung der Exportchancen des Landes ausgerichtet.

Der erwartete Wirtschaftsaufschwung für die kommenden Jahre hat primär zyklischen Charakter, da die Strukturprobleme bislang nur zum Teil bewältigt werden konnten. Im Prognosezeitraum wird die japanische Wirtschaft im Jahresdurchschnitt um 2 ½ % zulegen. Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren wird die Belebung von der Binnennachfrage ausgehen. Vor allem wird der Konsum der Haushalte wieder stärker zunehmen, zurückzuführen auf verbesserte Bedingungen am Arbeitsmarkt. Der Überschuss im japanischen Außenhandel wird sich weiter erhöhen. Die deflationäre Preisentwicklung dürfte beendet sein. Bereits ab der Mitte des laufenden Jahres stiegen die Verbraucherpreise leicht an.

Osteuropa

Das solide Wachstum der mittel- und osteuropäischen Länder sowie Russlands dürfte mittelfristig auf hohem Niveau bleiben. Durch den EU-Beitritt einzelner Länder Mittel- und Osteuropas ist eine Zunahme der von der Europäischen Union subventionierten Projekte (vor allem Infrastrukturinvestitionen) zu erwarten, wodurch sich das Produktionspotenzial dieser Länder mittelfristig erhöhen wird. Gleichzeitig wird das Wachstum durch unausweichlich gewordene Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Ungarn, Polen, der Slowakei und Tschechien, und zusätzlich durch Maßnahmen zur Reduktion der hohen Leistungsbilanzdefizite in Tschechien und Ungarn, gedämpft. Die Budgetdefizite dieser Länder bleiben mittelfristig eine große Herausforderung für die Erfüllung der Maastrichter Konvergenzkriterien und für den Beitritt zum Wechselkursmechanismus II (WKM II) und später zur Europäischen Währungsunion (EWU). Während kleinere Neu-Mitglieder, darunter Slowenien, am 27. Juni 2004 dem WKM II beitraten und 2007 in die Eurozone aufgenommen werden könnten, ist eine Mitgliedschaft in der Europäischen Währungsunion für die größeren Neu-Mitglieder erst nach 2009 zu erwarten.

Die verstärkten Reformbestrebungen der noch verbliebenen Kandidatenländer Bulgarien und Rumänien, die von den Beitrittsperspektiven für das Jahr 2007 motiviert sind, werden das Wirtschaftswachstum in den nächsten Jahren unterstützen.

Steigende Exporte in Folge der Belebung der internationalen Konjunktur und eine dynamische Inlandsnachfrage dürften sich positiv auf das BIP-Wachstum der mittel- und osteuropäischen Länder auswirken. Weitere Herausforderungen bleiben die Senkung der Arbeitslosigkeit in Polen, der Slowakei und Bulgarien, und die Dämpfung der Inflation.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das **ungarische** BIP um 3.9 % gewachsen. Die wirtschaftliche Entwicklung Ungarns war am Anfang der letzten fünf Jahre durch hohe Wachstumsraten, die vor allem auf hohe öffentliche Investitionen zurückzuführen waren, gekennzeichnet. Seit dem Jahr 2001 hat sich das Wachstum in Ungarn kontinuierlich verlangsamt. Die notwendigen Maßnahmen zur Reduzierung des Budget- und Leistungsbilanzdefizits könnten mittelfristig das Wachstum dämpfen. Die Exporte dürften sich ab dem Jahr 2004 wieder beleben. Im Durchschnitt der Jahre 2004 bis 2008 könnte das ungarische BIP-Wachstum dementsprechend 3 ½ % erreichen.

Das **polnische** BIP-Wachstum dürfte nach 2.8 % im Durchschnitt der letzten fünf Jahre 3 ¾ % im Durchschnitt der Jahre 2004 bis 2008 betragen. Mit der Verlangsamung des BIP-Wachstums in den Jahren 2001 und 2002 sank auch das Leistungsbilanzdefizit. Hohe Investitionen in Folge des EU-Beitritts und höhere Exporte als Resultat der Belebung der europäischen Konjunktur dürften das Wachstum antreiben. Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, die restriktive Geldpolitik und die notwendigen fiskalischen Konsolidierungsmaßnahmen, die ab dem Jahr 2005 greifen sollen, dürften das Wachstum in der Prognoseperiode dämpfen.

Laut der Prognose der tschechischen Regierung sollte sich das Wachstum in **Tschechien** nach einer bescheidenen Entwicklung im Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2003 (2.2 %) allmählich auf 3 % bis 4 % beschleunigen. Mittelfristig dürfte damit das durchschnittliche Wachstum der tschechischen Wirtschaft 3 ¼ % betragen. Am Anfang der Prognoseperiode wird das Wachstum von der Inlandsnachfrage getragen. Auf der Entstehungsseite werden Dienstleistungen und Industrieproduktion die wichtigsten Wachstumsmotoren sein. Die nächsten Jahre werden durch eine restriktivere Budget- und Geldpolitik geprägt sein, um das hohe Budgetdefizit zu reduzieren und die Bedingungen für die Euro-Einführung zu erfüllen.

Im Fünfjahres-Durchschnitt 1999-2003 ist die Wirtschaft der **Slowakei** um 3.2 % gewachsen. Im Durchschnitt der Jahre 2004 bis 2008 dürfte sich die slowakische Wirtschaft mit einer BIP-Wachstumsrate von 3 ¾ % weiter dynamisch entwickeln. Am Anfang der Prognoseperiode werden die Auslandsnachfrage, die Investitionen und der private Konsum das Wachstum stützen. Die schon greifenden Steuer- und Arbeitsmarktreformen sowie die Reformen der öffentlichen Leistungen dürften sich mittelfristig positiv auf Wachstum und Beschäftigung auswirken. Gleichzeitig bleiben die Senkung des Budgetdefizits und der hohen Arbeitslosigkeit sowie die Dämpfung der Inflation wichtige Herausforderungen.

Für **Slowenien** wird ein durchschnittliches Wachstum von $3\frac{1}{2}\%$ für die Jahre 2004 bis 2008 erwartet, womit sich der Wachstumstrend der letzten fünf Jahre (3.6 %) fortsetzt. Die Belebung der Konjunktur bei den wichtigsten Handelspartnern (Deutschland, Italien, Frankreich) dürfte die Exporte begünstigen und zusammen mit der hohen Entwicklungsdynamik der Investitionen und des privaten Konsums zum BIP-Wachstum beitragen. Eine restriktivere Geldpolitik zur Unterdrückung der Inflationsgefahr könnte das Wachstum dämpfen.

Die Wirtschaftsentwicklung in **Rumänien** war im Jahr 1999 durch einen starken Rückgang (-3.2 %) gekennzeichnet. Im Jahr 2000 wurde eine Trendumkehr erreicht, mit Wachstumsraten von rund 5 % in den folgenden drei Jahren. Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das rumänische BIP um 2.8 % gewachsen. In den nächsten fünf Jahren dürfte das durchschnittliche BIP-Wachstum in Rumänien $4\frac{3}{4}\%$ erreichen. Das Wachstum wird am Anfang der Prognoseperiode von der Inlandsnachfrage getragen werden. In der Folge wird die dynamische Entwicklung der Exporte das Wachstum stützen. Herausforderungen bleiben die Senkung der Inflation (eine Redenomination der rumänischen Währung im Verhältnis von 10.000 zu 1 soll im Sommer 2005 stattfinden) und die weitere Implementierung der Wirtschaftsreformen im Hinblick auf den EU-Beitritt im Jahr 2007.

Bulgarien hat in den letzten Jahren erfolgreich seine makroökonomische Entwicklung stabilisiert. Nach einem BIP-Wachstum von 4.2 % im Durchschnitt der letzten fünf Jahre rechnet die bulgarische Regierung für den Zeitraum 2004 bis 2008 mit einem durchschnittlichen Wachstum von $4\frac{1}{2}\%$. Diese dynamische Entwicklung dürfte von der Inlandsnachfrage und der Belebung der Exporte angetrieben werden. Eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Reformen gilt als Voraussetzung für die Erreichung hoher Wachstumsraten in den nächsten Jahren. Mittelfristig bleibt die Senkung der hohen Arbeitslosigkeit die wichtigste Herausforderung.

In **Russland** wurde in den letzten fünf Jahren ein durchschnittliches Wachstum des BIP von 6 % verzeichnet. Nach der Trendumkehr im Jahr 1999 dürfte sich die Erholung der russischen Wirtschaft weiter fortsetzen. Angetrieben von dynamischen Energieexporten und der Inlandsnachfrage dürfte das durchschnittliche Wachstum der russischen Wirtschaft zwischen 2004 und 2008 $5\frac{3}{4}\%$ betragen. Strukturelle Probleme der russischen Wirtschaft (unter anderem in der Verwaltung und auf dem Gassektor) und ein allmählicher Rückgang der Ölpreise könnten das Wachstum negativ beeinflussen. Gleichzeitig dürfte sich die Fortsetzung der Reformen im Pensionssystem positiv auf das BIP-Wachstum auswirken.

Internationale Rahmenbedingungen

Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten in Prozent

	1999-2003	2004-2008
Welthandel	6.8	10
BIP, real		
Bundesrepublik Deutschland	1.2	1 ¾
Italien	1.4	2
Frankreich	2.2	2 ¼
Vereinigtes Königreich	2.5	2 ¾
Schweiz	1.1	1 ¾
Polen	2.8	3 ¾
Slowakei	3.2	3 ¾
Tschechien	2.2	3 ¼
Ungarn	3.9	3 ½
Slowenien	3.6	3 ½
Bulgarien	4.2	4 ½
Rumänien	2.8	4 ¾
Russland	6.0	5 ¾
USA	2.7	3 ½
Japan	1.1	2 ½
EU-15	2.0	2 ½
EU-25		2 ½
OECD – Insgesamt	2.4	3
Österreichische Exportmärkte	5.3	6 ¾
EUR/USD Wechselkurs*)	0.99	1.20
Rohölpreise**)**)	24.9	32

Quelle: IMF, OECD, nationale Statistiken, eigene Schätzungen.

*) absolute Werte

**) USD/barrel

3. Die österreichische Außenwirtschaft

In den Jahren 1999 bis 2001 entwickelte sich die österreichische Außenwirtschaft sehr dynamisch. Weder die Finanzkrisen in den Emerging Markets noch der globale konjunkturelle Abschwung bewirkten eine markante Abschwächung in der österreichischen Exportentwicklung. Der Wechselkurs und der wirtschaftliche Aufholprozess in den osteuropäischen Nachbarländern bildeten die Grundlage für das solide Exportwachstum. Der Wertgewinn des Euro gegenüber dem USD hat jedoch die Exportchancen der österreichischen Außenwirtschaft im Jahr 2003 stark geschwächt. So wurden trotz einer boomenden Weltkonjunktur Marktanteile verloren. Da die Importe von den Exporten abhängen, zeigte sich hier ein ganz ähnlicher Konjunkturverlauf. Das Leistungsbilanzdefizit konnte bis zum Jahr 2001 abgebaut werden. Im Jahr 2002 war die Leistungsbilanz sogar positiv, was vor allem auf den Warenverkehr zurückzuführen war. Der Nachfrageeinbruch im vergangenen Jahr brachte ein erneutes Leistungsbilanzdefizit mit sich.

Eine nachhaltige Belebung im Export setzt im laufenden Jahr ein, was auf das Auslaufen des Wechselkurseffekts zurückzuführen ist. Auch wird sich die Binnenkonjunktur in den Nachbarländern beleben. Es kann daher in den nächsten Jahren mit einem überdurchschnittlichen Exportwachstum in der österreichischen Außenwirtschaft gerechnet werden. Die Importe werden einerseits dem Konjunkturpfad der Exporte folgen, andererseits wird sich die österreichische Inlandsnachfrage in den nächsten Jahren deutlich beleben. Trotzdem ist bis zum Ende des Prognosezeitraums wieder mit einem Überschuss in der Leistungsbilanz zu rechnen.

Die nominellen Warenexporte wuchsen im Zeitraum 1999 bis 2003 im Jahresdurchschnitt um 7.2 %. Im Jahr 2000, als die Weltwirtschaft einen Wachstumsboom erlebte, betrug das österreichische Exportwachstum 15.6 %. Besonders belebt erwies sich in diesem Jahr der Handel mit Drittstaaten, insbesondere mit Osteuropa und Asien. Während in den Jahren 1999 bis 2002, den Jahren mit schwachem Euro, hohe Wachstumsraten im Export verzeichnet wurden, verringerte sich das Exportwachstum mit der Wechselkursaufwertung dramatisch. Einbrüche wurden vor allem bei den Exporten in das Vereinigte Königreich, in die Schweiz, die USA und nach Asien verzeichnet. Die österreichischen Warenexporte nach Deutschland, dem wichtigsten Handelspartner Österreichs mit einem Anteil von 33 %, stiegen im Zeitraum 1999-2003 um 4.4 %. Im Vergleich dazu wuchsen die Warenexporte in die USA durchschnittlich um 12.8 %.

Im laufenden Jahr zeichnet sich ein kräftiger Aufschwung in der österreichischen Exportwirtschaft ab. Demnach werden die österreichischen Warenexporte um nominell 7 % zulegen. Eine weitere Wachstumsbeschleunigung wird es im nächsten Jahr geben. Mit einer leichten Abschwächung in der Exportdynamik ist in den folgenden Jahren zu rechnen. Im Prognosezeitraum werden die nominellen österreichischen Warenexporte um durchschnittlich 7.6 % zulegen. In regionaler Betrachtung wird voraussichtlich der Handel mit den Ländern des Euro-Raumes und mit den neuen Ländern der EU ausgebaut

Die nominellen Warenimporte wuchsen in den vergangenen fünf Jahren um 5.7 %. Im Prognosezeitraum wird das Wachstum durchschnittlich 6.9 % betragen. Die österreichische Handelsbilanz, die im Jahr 2002

zum ersten Mal einen Überschuss auswies, wird auch in den kommenden Jahren positiv abschließen und dabei den Überschuss noch ausbauen.

Die österreichische Tourismusindustrie erzielte in den vergangenen fünf Jahren ein durchschnittliches Wachstum von 4 %. Im Jahr 2001 wurden dabei die höchsten Zuwächse verzeichnet. Die heimischen Unternehmen profitierten in diesen zwei Jahren von den politischen Unsicherheiten, die sich weltweit verbreiteten. Aufgrund der schwachen konjunkturellen Lage in den Nachbarländern fielen die Zuwächse in folgenden zwei Jahren etwas geringer aus. Mit der Festigung der internationalen Konjunktur nimmt im laufenden Jahr die Auslandsnachfrage nach Urlauben in Österreich wieder etwas stärker zu. Eine Wachstumsbeschleunigung wird auch für das nächste Jahr erwartet. In den folgenden Jahren ist mit einer Nachfrageverlangsamung zu rechnen.

Die realen Exporte i.w.S. laut VGR stiegen in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 7.1 %. Im Prognosehorizont werden sie jährlich um 6 % zulegen. Von der Aufwärtstendenz bei den Exportpreisen wird ein leichter Dämpfungseffekt ausgehen. Die realen Warenexporte werden um 7.2 % wachsen, verglichen mit 7.3 % in den vergangenen fünf Jahren. Im Prognosezeitraum werden die realen Reiseverkehrsexporte um durchschnittlich 1.8 % zunehmen. Die realen Importe i.w.S. werden im Prognosezeitraum um durchschnittlich 5.4 % wachsen, nach 6.6 % in den vergangenen fünf Jahren. Noch im laufenden Jahr ist mit einem Aufleben der Importkonjunktur zu rechnen. Die Wachstumsdynamik wird sich ab dem nächsten Jahr weiter verstärken. Bei den realen Warenimporten wird im Prognosezeitraum ein durchschnittliches Wachstum von 6.5 % erwartet. Die realen Reiseverkehrsexporte dürften um durchschnittlich 1.4 % zulegen.

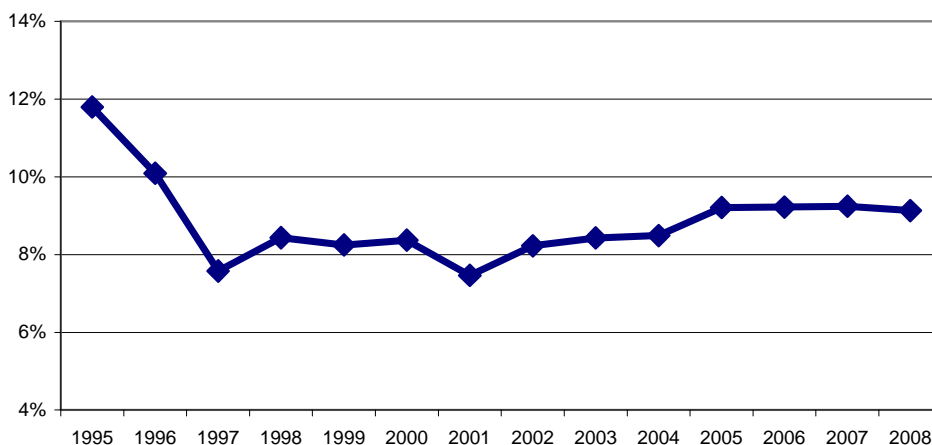
Im Jahr 2002 konnte ein Leistungsbilanzüberschuss erwirtschaftet werden. Der schwachen Exportentwicklung standen rückläufige Importe gegenüber. Aufgrund des starken Importwachstums wies die österreichische Leistungsbilanz im vergangenen Jahr wieder ein Defizit aus. Mit einer Verbesserung der österreichischen Außenhandelsposition kann in den nächsten Jahren gerechnet werden. Ausgehend von einem Defizit in der Höhe von 2 Mrd. Euro im Jahr 2003 wird sich der Saldo der Leistungsbilanz kontinuierlich verbessern. Am Ende des Prognosezeitraums wird ein Leistungsbilanzüberschuss von 1 Mrd. Euro erwartet.

4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

In den letzten Jahren reagierten die privaten Haushalte auf das schwache Wachstum ihrer Realeinkommen mit verhaltenen Ausgaben für Konsumgüter. In der vergangenen Fünfjahresperiode ergab sich ein durchschnittliches Wachstum der realen privaten Konsumausgaben von 1.8 %. Im Laufe des heurigen Jahres ist eine Belebung zu erwarten. In den Jahren 2004 bis 2008 expandiert der **reale private Konsum** um durchschnittlich 2 % und bleibt damit weiterhin eine Stütze der Konjunktur.

Während des gesamten Prognosezeitraums folgt die Dynamik des privaten Konsums der Entwicklung der verfügbaren Einkommen. Diese steigen insbesondere im Jahr 2005 durch die Steuerreform. In diesem Jahr erreicht das Konsumwachstum mit 2.6 % seinen Höhepunkt. In den Folgejahren schwächt sich das Wachstum der privaten Konsumausgaben auf knapp 2 % ab.

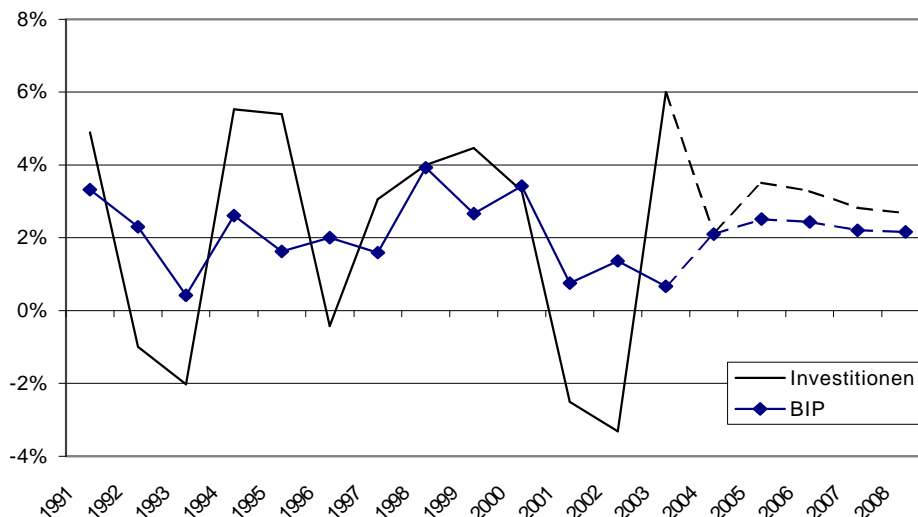
Sparquote der privaten Haushalte



Anhand der Graphik, in der die Entwicklung der Haushalts-Sparquote dargestellt ist, lässt sich erkennen, wie die Haushalte auf plötzliche Einkommensveränderungen durch Anpassung des Sparverhaltens reagieren. Der starke Rückgang der verfügbaren realen Haushaltseinkommen im Jahr 2001 führte zu einer Reduktion der Sparquote um knapp einen Prozentpunkt auf 7.4 %. Der moderate Anstieg der Realeinkommen in 2002 wurde von den Haushalten dazu genutzt, ihre Sparquote wieder auf das alte Niveau anzuheben. Erst mit der Steuerreform 2005 ist wieder mit einer Veränderung der Sparquote zu rechnen. Die Steuerreform bewirkt eine Entlastung der Haushalte und führt somit zu einem signifikanten Anstieg der verfügbaren Haushaltseinkommen. Dieser wird nicht gänzlich dem privaten Konsum zugute kommen, sondern auch zu einem neuerlichen Anstieg der Sparguthaben beitragen. Die Sparquote steigt auf 9 ¼ % und verharrt in den Folgejahren auf diesem Niveau.

Die **realen Bruttoinvestitionen** weisen im Konjunkturverlauf die stärksten Schwankungen aller Teilaggregate der Nachfrageseite der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf. Im Zeitverlauf ist auffällig, dass die Bruttoinvestitionen in der Hochkonjunktur der Jahre 1998 bis 2000 kaum stärker wuchsen als das Bruttoinlandsprodukt, während sie zu Beginn der 1990er Jahre in konjunkturell günstigen Zeitabschnitten deutlich über dem Wirtschaftswachstum zu liegen kamen. Im Jahr 2003 konnte mit einem Anstieg von 6.0 % ein langjähriger Spitzenwert im Wachstum der Bruttoinvestitionen verzeichnet werden. Die starke Investitionsdynamik war jedoch nach zwei Jahren mit Rückgängen zum Teil durch Nachholeffekte verursacht worden. Zusätzlich stützte die Investitionsprämie das Wachstum der Investitionen im Jahr 2003. Im Zeitraum 1999 bis 2003 betrug das Wachstum der Investitionstätigkeit nur durchschnittlich 1.5 %, wofür neben den konjunkturellen Rahmenbedingungen hauptsächlich die anhaltende Krise im Bausektor verantwortlich war.

Wachstumsraten von BIP und Bruttoinvestitionen, real



Das Investitionsverhalten wird vorrangig von den Erwartungen über die Profitabilität der geplanten Investitionen und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage bestimmt. Der gegenwärtige wirtschaftliche Aufschwung wird zwar mit einem stabilen Wachstum der Investitionen einhergehen, die positiven Erwartungen scheinen aber nicht ausreichend ausgeprägt, um auch im heurigen Jahr zu einem ähnlich hohen Anstieg der Investitionen zu führen wie im Vorjahr. Für den Bausektor deuten die vorliegenden Informationen darauf hin, dass die strukturelle Schwäche nunmehr überwunden ist. Die Institutsprognose erwartet daher ein durchschnittliches Wachstum der realen Bruttoinvestitionen von 2.9 % im Zeitraum 2004 bis 2008.

Die **realen Ausrüstungsinvestitionen** sollten im Jahr 2004 wieder ein moderates Wachstum vom 3.0 % erreichen und in der Folge auf einen stabilen Wachstumspfad mit Wachstumsraten von durchschnittlich 4.4 % zurückkehren. Damit werden die Ausrüstungsinvestitionen im Prognosezeitraum stärker als in der Periode 1999 – 2003 (2.9 %) wachsen.

Der Bausektor verzeichnete in den vergangenen Jahren eine anhaltend ungünstige Entwicklung. Die Prognose geht davon aus, dass das durchschnittliche Wachstum der **realen Bauinvestitionen** im Prognosezeitraum rund 1.5 % betragen wird. Damit werden die Bauinvestitionen deutlich stärker zunehmen als in der Periode 1999 – 2003, als lediglich ein Wachstum von 0.4 % verzeichnet wurde. Die günstigere Entwicklung ist darauf zurückzuführen, dass die kontraktiven Tendenzen im Bausektor bis auf weiteres überwunden sein dürften. Die anhaltenden Rückgänge der Wohnbautätigkeit dürften beendet sein, und die öffentliche Hand setzt Nachfrageimpulse im Bereich der Verkehrsinfrastruktur.

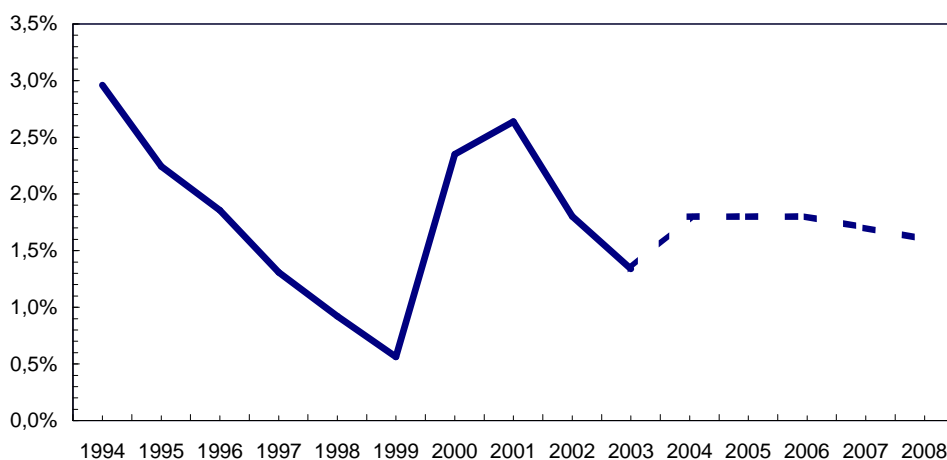
Die Entwicklung der **öffentlichen Haushalte** im Prognosezeitraum ist im wesentlichen durch die im aktuellen Stabilitätsprogramm formulierten Budgetziele und die anlaufende Steuerreform geprägt. Nach der aktualisierten Berechnung von Statistik Austria betrug das öffentliche Defizit im Vorjahr 1.3 % des BIP, womit es letztlich genau auf dem im Stabilitätsprogramm angepeilten Niveau zu liegen kam. Für heuer ist aufgrund einer unerwartet gedämpften Entwicklung des Abgabenaufkommens, insbesondere bei der Umsatzsteuer, mit einer Defizitquote von etwa 1.3 %, rechnen. Im Jahr 2005 schlägt schließlich die Steuerreform voll zu Buche, was vorübergehend zu einer weiteren Erhöhung der Defizitquote auf etwa 1.8 % führen wird. In den Folgejahren nimmt das Stabilitätsprogramm eine neuerliche Rückführung des Defizits in Aussicht; die vorliegende Prognose trägt diesbezüglich lediglich der für 2005 erwarteten etwas ungünstigeren Ausgangslage Rechnung und unterstellt dementsprechend für die Folgejahre geringfügig höhere Defizitquoten von 1.4 %, 0.8 % und 0.4 % als im österreichischen Stabilitätsprogramm. Der öffentliche Konsum wird sich im gesamten Prognosezeitraum weiterhin nur schwach entwickeln.

Im europäischen Vergleich stellt sich die budgetäre Situation nach wie vor relativ günstig dar: In der gesamten Eurozone lag das öffentliche Defizit 2003 bei 2.7% des BIP; vier Länder, die Niederlande (3.0%), das Vereinigte Königreich (3.2%) Deutschland (3.9%) und Frankreich (4.1%), haben die im Maastricht-Vertrag vorgesehene 3-Prozent-Grenze erreicht oder zum Teil erheblich überschritten.

Auch wird sich die Abgabenbelastung durch die Steuerreform 2005 gegenüber ihrem historischen Höchststand im Jahr 2001 (45.4%) deutlich, um etwa 3 Prozentpunkte, reduzieren und in den folgenden Jahren an der 42-Prozent-Marke stabilisieren. Die Steuerreform stützt damit den Konjunkturaufschwung und trägt zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes bei.

Mittelfristig wird die Budgetpolitik, um die Abgabenbelastung weiter nachhaltig, ohne Inkaufnahme von Budgetdefiziten, zurücknehmen zu können, um strukturelle Weichenstellungen auf der Ausgabenseite nicht herumkommen, mit dem Ziel, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine effizientere Ressourcenverwendung gewährleisten und damit neue Einsparungspotentiale eröffnen. Dabei ist insbesondere die sich durch die demographische Entwicklung abzeichnende Belastung im Auge zu behalten, für die es gilt, rechtzeitig budgetäre Spielräume zu schaffen, um den elementaren Staatsaufgaben weiterhin gerecht werden zu können.

Inflationsrate in Österreich



In der zweiten Hälfte der 90er Jahre wies die **Inflationsrate** einen fallenden Trend auf. Betrug die jahresdurchschnittliche Inflationsrate im Jahr 1994 noch 3.0 %, so erreichte sie im Jahr 1999 mit 0.6 % einen Tiefstand. Diese Entwicklung spiegelt den wirtschaftspolitischen Kurs im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion wider, der unter anderem auf die Erzielung von Preisstabilität ausgerichtet ist. Sonderfaktoren wie die Rohölverteuerung, die Schwäche des Euro und der BSE-Skandal führten zu Beginn dieses Jahrtausends zu vorübergehend höheren Preissteigerungsraten. Bereits im Jahr 2002 hat sich der Preisauftrieb aber wieder deutlich abgeschwächt und im Jahresdurchschnitt 2003 ging die Inflationsrate auf 1.3 % zurück. Im Zeitraum 1999-2003 erzielte die Inflationsrate somit einen Durchschnittswert von 1 ¼ %.

Für den Prognosezeitraum geht das Institut davon aus, dass die derzeit spürbaren preistreibenden Impulse des Ölpreises nur temporär wirken werden, der Euro-Wechselkurs sich stabil entwickeln wird, und die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank weiterhin auf Preisstabilität abzielt. Aufgrund der unterstellten weiterhin beschäftigungsfreundlichen Lohnpolitik werden auch von der Entwicklung der Lohnstückkosten keine inflationären Impulse ausgehen. Die Entwicklung der Inflationsrate sollte daher primär durch die konjunkturelle Dynamik geprägt sein. In den kommenden fünf Jahren erwartet das Institut, dass die Inflationsrate wiederum bei durchschnittlich 1 ¾ % Prozent liegen wird.

Die **Lohnprognose** fußt auf der Annahme, dass die Lohnverhandlungen auch in Zukunft den bewährten sozialpartnerschaftlichen Mustern folgen werden. Dies bedeutet, dass die Lohnabschlüsse auch weiterhin beschäftigungsfreundlich gestaltet sein werden und die internationale Wettbewerbsposition Österreichs gesichert bleibt. Im Prognosezeitraum wird das durchschnittliche Wachstum der Bruttolohnsumme je Aktiv-Beschäftigten nominell 2.6 % betragen und damit etwa $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt über dem Vergleichswert der vergangenen Jahre zu liegen kommen.

Das Reallohnwachstum wird im Prognosezeitraum moderat bleiben und durchschnittlich rund 1 % betragen. Es wird angenommen, dass die Reallohnzuwächse vor dem Hintergrund der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit weiterhin hinter dem Produktivitätswachstum, das mit durchschnittlich 1.6 % prognostiziert wird, zurückbleiben werden.

Die Belebung der Konjunktur schlägt sich am **Arbeitsmarkt** nieder. Nach dem konjunkturbedingten Anstieg der Arbeitslosenquote um einen Prozentpunkt im Zeitraum 2001 bis 2003 zeichnet die Prognose für die nächsten fünf Jahre ein verhalten optimistisches Bild der Arbeitsmarktentwicklung. Aufgrund der konjunkturellen Erholung belebt sich die Arbeitskräftenachfrage, und die Zahl der registrierten Arbeitslosen sollte zurückgehen. In den letzten Monaten hat die Beschäftigung deutlich angezogen und das Institut erwartet, dass sich diese Entwicklung weiter fortsetzt. Die kräftigsten Beschäftigungszuwächse werden für die Jahre 2005 und 2006 erwartet. Die Nachfrage nach Aktiv-Beschäftigten (ohne KindergeldbezieherInnen, Präsenzdienler mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis und Schulungsteilnehmern mit DLU-Bezug) wird bis 2008 um rund 110,000 Personen zunehmen. Der durchschnittliche Anstieg der Beschäftigung liegt damit bei 0.7 %. Die vorliegende Vorschau unterstellt, dass es weiterhin gelingt, die Stille Reserve, insbesondere bei den Frauen, zu mobilisieren. Es wird auch davon ausgegangen, dass die günstige Situation bei der Beschäftigungsnachfrage die Integration von älteren Personen in den Arbeitsmarkt erleichtert.

Insgesamt gesehen hat die Lage am Arbeitsmarkt in jüngster Vergangenheit deutlich auf die Konjunkturentwicklung reagiert. Traditionellerweise lässt sich der österreichische Arbeitsmarkt, neben der hohen Reallohnelastizität, auch durch die hohe zyklische Sensitivität des Arbeitskräfteangebots auf den Konjunkturzyklus charakterisieren. Schwankungen in der Beschäftigungsnachfrage werden zum Großteil durch prozyklische Änderungen im Arbeitsangebot kompensiert. Seit Mitte der 90er Jahre hat sich diese Tendenz jedoch deutlich abgeschwächt. Für den Prognosezeitraum wird aber wieder eine prozyklische Entwicklung des Arbeitsangebots unterstellt. Strukturell wird die Frauenerwerbsquote weiter steigen. Darüber hinaus führen institutionelle Faktoren zu einem Ansteigen des Arbeitsangebots. Während von der demographischen Entwicklung nur ein geringer Beitrag ausgeht, wirken sowohl die EU-Osterweiterung als auch die Pensionsreform angebotssteigernd. Hinsichtlich der Entwicklung der Ausländerbeschäftigung wurde unterstellt, dass das ausländische Arbeitskräfteangebot im Prognosezeitraum um durchschnittlich $3\frac{1}{4}$ % steigt.

Aufgrund des deutlichen Anstiegs des Arbeitskräfteangebots schlägt sich die belebte Beschäftigungsnachfrage nicht in einem analogen Rückgang in der Arbeitslosenzahl wider. Ausgehend von einem Niveau von 240,000 Personen wird die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen bis zum Jahr 2006 auf

225,000 Personen fallen und im restlichen Prognosezeitraum auf diesem Niveau verharren. Die Arbeitslosenquote (nationale Definition) wird im Durchschnitt des Prognosezeitraums 6.6 % betragen. Nach 7 % im Jahr 2003 fällt die Arbeitslosenquote bis zum Jahr 2008 auf 6.4 %. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition wird sich zu Ende des Prognosezeitraums auf 4 % belaufen.

Die EU-Osterweiterung wird auch Rückwirkungen auf die Arbeitsmarktsituation zeitigen. Prinzipiell ist die EU-Erweiterung sicherlich positiv zu beurteilen, weniger qualifizierte Arbeitnehmer könnten aber durchaus unter Druck geraten. Weitere Aktivitäten zur Erleichterung, Beschleunigung, aber auch sozialverträglichen Gestaltung von Reallokationsprozessen am Arbeitsmarkt sind daher wünschenswert. Durch Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik sollten negative Folgen für wenig qualifizierte heimische Arbeitskräfte abgefedert werden. Übergangsfristen können hilfreich sein, solange es damit gelingt den Zustrom ausländischer Arbeitskräfte über die Zeit zu verteilen. Abkommen mit den neuen EU-Mitgliedstaaten, die eine kontinuierliche Ausweitung der Arbeitsbewilligungen vorsehen, erscheinen daher vorteilhaft.

Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung ist die Anhebung des effektiven Pensionsantrittsalters notwendig. Dabei sollten aber unterstützende Maßnahmen zur verstärkten Integration der älteren Arbeitnehmer in das Beschäftigungssystem getroffen werden. Zur Bekämpfung der Altersarbeitslosigkeit bieten sich Qualifizierungsmaßnahmen oder Lohnnebenkostensenkungen für ältere Beschäftigte mit geringem Qualifikationsniveau an. Weiters sollte auch bei den Arbeitnehmern eine verstärkte Bereitschaft zu Umschulungen sowie bei den Unternehmern zur Weiterqualifizierung älterer Mitarbeiter gefördert werden.

Generell lassen der Strukturwandel und die zunehmenden Qualifikationsanforderungen des modernen Arbeitsmarktes die Entwicklung von Strategien zur Förderung des lebenslangen Lernens angeraten erscheinen. Hierbei wäre eine noch stärkere Zusammenarbeit von Akteuren der aktiven Arbeitsmarktpolitik, der Bildungspolitik und der Betriebe wünschenswert. Strukturelle Herausforderungen bestehen auch bei der Lehrlingsausbildung. Die konjunkturelle Schwächephase hat besonders die jugendlichen Arbeitnehmer getroffen. Daher sollten Maßnahmen gesetzt werden, die ein Abdriften insbesondere der gering qualifizierten Jugendlichen in die Langzeitarbeitslosigkeit verhindern. Eine Aufwertung des Lehrlingssystems könnte einem zukünftigen Facharbeitermangel entgegensteuern. Längerfristig gesehen sind auch weitere Anstrengungen zur verbesserten Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familienleben notwendig. Letztlich könnte eine gezielte Entlastung bei den Lohnnebenkosten die Beschäftigungssituation am österreichischen Arbeitsmarkt verbessern.

5. Monetäre Prognose

In der Eurozone wie auch in den USA liegen die Zinsen immer noch auf historisch sehr niedrigen Niveaus. Bei leicht steigenden Geldmarktzinsen beträgt der Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte im Euro-Raum gegenwärtig 2 %. Nach Einschätzung der Europäischen Zentralbank (EZB) steht dieser Zinssatz in Einklang mit dem primären Ziel ihrer geldpolitischen Strategie, der Preisstabilität im Euro-Raum. Gemessen wird diese durch den Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex im Euro-Raum, wobei mittelfristig eine Inflationsrate nahe bei 2 % angepeilt wird. In den Jahren 2002 und 2003 wurde dieser Richtwert mit 2.3 % und 2.1 % geringfügig übertroffen, für die Monate Jänner bis Mai 2004 beträgt die durchschnittliche Jahresinflation 1.9 %. Trotz deutlich erhöhter Inflationsrisiken aufgrund gestiegener Energiepreise geht die EZB davon aus, dass zur Erreichung des Inflationszieles gegenwärtig keine Zinserhöhungen notwendig sind.

Im Gegensatz zur Europäischen Zentralbank hat die US-Notenbank Fed Ende Juni zum ersten Mal seit über vier Jahren ihre Leitzinsen wieder angehoben. Damit scheint der Zinssenkungszyklus in den USA endgültig beendet zu sein. Wie bereits im Vorfeld der Sitzung erwartet, wurde der Zielsatz für Taggeld um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt auf 1.25 % erhöht. In den kommenden Sitzungen des Offenmarktausschusses wird mit weiteren Zinserhöhungen gerechnet. Auch die Bank of England und die Schweizer Nationalbank hoben ihre Leitzinsen im Juni um 25 Basispunkte an. Die Repo-Rate in Großbritannien liegt damit bei 4.25 %, der Zielsatz für den 3-Monats-Libor im Schweizer Franken bei 0.5 %.

Die kurzfristigen Geldmarktzinsen im Euroraum steigen seit April dieses Jahres wieder leicht an. Ende März 2004 wurde der 3-Monats-Euribor noch bei 1.96 % quotiert – der tiefste Wert seit Einführung der europäischen Einheitswährung; gegenwärtig beträgt der entsprechende Wert 2.12 %, und es werden weiterhin steigende Zinsen in diesem Fristigkeitsbereich erwartet. Mit einer Straffung der Geldpolitik von Seiten der EZB wird allerdings erst 2005 gerechnet. Nach Einschätzungen des Instituts wird der 3-Monatsatz im Prognosezeitraum 2004-2008 im Durchschnitt 2.6 % betragen, wobei die 3-Prozent-Marke 2005/2006 überschritten werden sollte.

Auch an den europäischen Rentenmärkten steigen die Renditen wieder an. Staatsanleihen im Eurogebiet mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren rentieren momentan bei 4.27 %. Damit ist die Steilheit der Zinskurve, gemessen an der Differenz zwischen 10-Jahres-Rendite und 3-Monats-Zins, zuletzt wieder etwas gestiegen. War die Zinskurve im Jahr 2001 sogar noch leicht invers, das heißt kurzfristige Zinsen lagen über langfristigen Renditen, so beträgt momentan die entsprechende Differenz 216 Basispunkte. Dies deutet unter anderem auf steigende Geldmarktzinsen hin. Nachdem das Renditeniveau in den USA zuvor unter demjenigen im Eurogebiet gelegen hatte, rentieren seit Anfang April dieses Jahres Staatsanleihen in den USA wieder höher als in der Eurozone. Die entsprechende Differenz beträgt gegenwärtig etwa $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt. Vor dem Hintergrund einer positiven Wachstumsbeschleunigung und der anhaltend hohen Kapitalnachfrage zur Finanzierung der Haushaltsdefizite – sowohl in den USA als auch in Europa – rechnet das Institut mit weiterhin steigenden Kapitalmarktrenditen. Für den Prognosezeitraum 2004-2008 ergibt sich eine durchschnittliche 10-Jahres-Rendite in Höhe von 4.9 %.

In jüngster Zeit hat sich die Diskussion um die Aufweichung des Euro-Stabilitätspaktes neu entfacht. EU-Währungskommissar Joaquin Almunia präsentierte im Juni Entwürfe für das Defizitverfahren, die eine stärkere Berücksichtigung der aktuellen wirtschaftlichen Lage des betreffenden Landes vorsehen. Es gehe ihm um „mehr Flexibilität bei den Regeln, aber nicht bei den Prinzipien des Paktes“. Der Wachstums- und Stabilitätspakt schreibt beim Haushaltsdefizit eine Höchstgrenze von 3 % des Bruttoinlandsproduktes vor. Deutschland und Frankreich werden in diesem Jahr zum dritten Mal in Folge gegen diese Regel verstoßen. Entscheidender Auslöser der Debatte war ein Beschluss der EU-Finanzminister vom 25. November 2003, die Defizitverfahren gegen Deutschland und Frankreich auszusetzen. Damit sollten in letzter Konsequenz drohende Strafen in Milliardenhöhe blockiert werden. Der Europäische Gerichtshof hat jetzt in einer von der Kommission eingebrachten Klage entschieden, dass diese Entscheidung des Finanzministerrats nicht mit EU-Recht vereinbar sei. Der Rat habe das Initiativrecht der Kommission missachtet. Gleichzeitig wurde aber die Klage der Kommission abgewiesen. Sie hatte gefordert, die Aussetzung von Defizitverfahren generell für nichtig zu erklären.

Italien konnte den blauen Brief aus Brüssel in letzter Sekunde abwenden. Trotz einer drohenden übermäßigen Neuverschuldung in diesem Jahr – nach der jüngsten Prognose aus Brüssel würde die Neuverschuldung Italiens in diesem Jahr 3.2 % und 2005 sogar 4.0 % betragen – haben sich die Finanzminister der Eurozone darauf verständigt, von einer Verwarnung der Regierung in Rom abzusehen. Die Italienische Regierung sagte dem Rat der Finanzminister für 2004 Einsparungen in Höhe von 7.5 Milliarden Euro zu.

Der Euro hat bisher unter den Diskussionen um die Stabilitätskriterien offensichtlich nicht zu stark gelitten. Das Vertrauen der Marktteilnehmer in die prinzipielle Haushaltsdisziplin der Euro-Mitgliedsstaaten scheint trotz Verfehlungen der Maastricht-Kriterien einiger Länder ungebrochen. Mit Notierungen von knapp unter 1.29 USD/EUR hat die europäische Einheitswährung im Jänner dieses Jahres historische Höchststände gegenüber dem US-Dollar erreicht. Verantwortlich dafür war aber in erster Linie die Schwäche des Dollar, deren Ursache vor allem im enormen Budget- und Leistungsbilanzdefizit der USA zu finden war. Im April und Mai dieses Jahres hat der Euro auf etwa 1.19 USD/EUR abgewertet, wird aber gegenwärtig wieder um etwa 1.24 USD/EUR gehandelt. Mit dem Beginn der Haushaltssanierung in den USA, die unmittelbar nach den Präsidentschaftswahlen im Herbst ansteht, sowie dem in den USA voraussichtlich rascher als in der Eurozone steigenden Zinsniveau könnte der Dollar gegenüber der Europäischen Gemeinschaftswährung gegen Ende des Jahres jedoch wieder etwas aufwerten.

TAB. 1/1 : INDIKATOREN DER OESTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)		1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
GDP	BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	190,471 2,7%	196,985 3,4%	198,464 0,8%	201,174 1,4%	202,520 0,7%	206,768 2,1%	211,959 2,5%	217,121 2,4%	221,909 2,2%	226,699 2,2%
GDP\$	BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	197,064 3,4%	206,671 4,9%	212,511 2,8%	218,333 2,7%	224,130 2,7%	232,692 3,8%	243,065 4,5%	252,938 4,1%	262,069 3,6%	271,212 3,5%
PGDP	DEFLATOR DES BIP (1995=100)	103,461 0,7%	104,917 1,4%	107,078 2,1%	108,529 1,4%	110,670 2,0%	112,537 1,7%	114,676 1,9%	116,496 1,6%	118,098 1,4%	119,636 1,3%
PLC	VERBRAUCHERPREISINDEX (1986=100)	134,484 0,6%	137,645 2,4%	141,361 2,7%	143,839 1,8%	145,766 1,3%	148,390 1,8%	151,061 1,8%	153,780 1,8%	156,394 1,7%	158,897 1,6%
YWGLEA	ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHAEFTIGTEN	34,260 2,3%	35,107 2,5%	35,708 1,7%	36,656 2,7%	37,551 2,4%	38,396 2,3%	39,602 3,1%	40,701 2,8%	41,739 2,6%	42,790 2,5%
LEA	UNSELBSTAENDIG AKTIV- BESCHAEFTIGTE IN 1000 PERSONEN	3026,206 1,2%	3054,440 0,9%	3066,879 0,4%	3051,925 -0,5%	3057,409 0,2%	3072,696 0,5%	3097,277 0,8%	3124,533 0,9%	3146,668 0,7%	3168,955 0,7%
UR	ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	6,660 -0,515	5,839 -0,821	6,082 0,244	6,861 0,779	7,010 0,149	7,043 0,033	6,801 -0,242	6,463 -0,338	6,406 -0,057	6,381 -0,025
BPC	LEISTUNGSBILANZ (MRD. €) ABSOLUTE DIFFERENZEN	-6,330 -1,645	-5,356 0,974	-4,132 1,224	0,365 4,497	-2,045 -2,410	-1,336 0,709	-1,002 0,334	-0,303 0,699	0,328 0,631	0,988 0,660

TAB. 1/2 : WACHSTUMSBETRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Var1	1,348	1,839	0,760	0,397	0,670	0,873	1,412	1,066	1,007	0,966
Var2	0,028	0,027	0,013	0,053	0,013	0,018	0,031	0,018	0,022	0,025
Var3	0,592	-0,016	-0,262	0,014	0,127	0,000	0,000	0,087	0,085	0,084
Var4	1,075	0,806	-0,615	-0,787	1,353	0,511	0,836	0,790	0,684	0,652
Var5	0,469	1,205	-0,232	-0,559	0,627	0,318	0,562	0,534	0,520	0,495
Var6	0,034	0,251	-0,318	-0,089	0,402	0,193	0,187	0,202	0,164	0,157
Var7	-0,197	-0,075	-0,048	0,331	-0,008	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Var8	3,730	6,178	3,822	1,989	1,387	3,329	4,188	3,728	3,564	3,289
Var9	2,357	4,244	2,558	1,976	1,021	2,732	3,477	3,247	3,135	2,899
Var10	0,194	0,854	0,919	0,348	0,231	0,419	0,530	0,343	0,291	0,251
Var11	-3,916	-5,339	-2,918	-0,631	-2,871	-2,634	-3,957	-3,252	-3,158	-2,857
Var12	-2,233	-3,503	-1,668	-0,136	-2,194	-2,115	-3,204	-2,800	-2,743	-2,471
Var13	-0,075	-0,675	-0,733	0,058	-0,165	-0,168	-0,393	-0,230	-0,192	-0,161
GDP	2,659	3,420	0,751	1,365	0,669	2,098	2,510	2,436	2,205	2,158

TAB. 1/3 : INDIKATOREN DER OESTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Var1	24,516 0,423	24,485 -0,031	23,692 -0,793	22,597 -1,095	23,790 1,193	23,802 0,012	24,035 0,233	24,234 0,199	24,381 0,146	24,504 0,123
UREU	4,0 -0,5	3,7 -0,3	3,6 -0,1	4,3 0,7	4,4 0,1	4,5 0,1	4,4 -0,1	4,1 -0,3	4,0 -0,1	4,0 0,0
Var4	4,002 -0,138	3,993 -0,009	2,955 -1,038	3,554 0,600	2,235 -1,319	2,775 0,539	2,666 -0,109	3,213 0,547	3,625 0,413	4,198 0,573
Var5	32,678 1,5%	33,013 1,0%	32,872 -0,4%	33,370 1,5%	33,596 0,7%	33,711 0,3%	34,155 1,3%	34,527 1,1%	34,898 1,1%	35,261 1,0%
PRLEA	6,294 1,4%	6,449 2,5%	6,471 0,3%	6,592 1,9%	6,624 0,5%	6,729 1,6%	6,843 1,7%	6,949 1,5%	7,052 1,5%	7,154 1,4%
Var6	-2,3 0,1	-1,5 0,8	0,2 1,7	-0,2 -0,5	-1,3 -1,1	-1,3 0,0	-1,8 -0,5	-1,4 0,4	-0,8 0,7	-0,4 0,4

TAB. 2 : KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
C\$	108,432 3,3%	113,710 4,9%	117,781 3,6%	119,968 1,9%	123,578 3,0%	127,940 3,5%	133,630 4,4%	138,524 3,7%	143,161 3,3%	147,851 3,3%
CNP\$	3,606 2,9%	3,706 2,8%	3,821 3,1%	3,966 3,8%	4,084 3,0%	4,199 2,8%	4,349 3,6%	4,474 2,9%	4,613 3,1%	4,765 3,3%
CP\$	39,000 4,7%	39,712 1,8%	40,099 1,0%	40,658 1,4%	41,890 3,0%	42,644 1,8%	43,497 2,0%	44,532 2,4%	45,515 2,2%	46,520 2,2%
IF\$	48,537 5,1%	50,673 4,4%	50,251 -0,8%	48,954 -2,6%	52,251 6,7%	54,054 3,5%	56,800 5,1%	59,420 4,6%	61,762 3,9%	63,997 3,6%
IFE\$	19,684 5,7%	22,096 12,3%	21,688 -1,8%	20,597 -5,0%	21,953 6,6%	22,781 3,8%	24,277 6,6%	25,732 6,0%	27,157 5,5%	28,509 5,0%
IFC\$	26,630 1,0%	27,563 3,5%	27,593 0,1%	27,692 0,4%	29,021 4,8%	29,984 3,3%	31,042 3,5%	32,072 3,3%	32,963 2,8%	33,822 2,6%
DIF\$	-0,816 -0,662	0,136 0,952	-0,045 -0,181	0,034 0,079	-0,010 -0,043	-0,010 0,000	-0,010 0,000	-0,010 0,000	-0,010 0,000	-0,010 0,000
VDS\$	198,759 3,6%	207,936 4,6%	211,906 1,9%	213,579 0,8%	221,792 3,8%	228,828 3,2%	238,267 4,1%	246,940 3,6%	255,041 3,3%	263,124 3,2%
X\$	89,632 8,4%	103,913 15,9%	111,636 7,4%	115,172 3,2%	117,898 2,4%	125,295 6,3%	135,289 8,0%	144,557 6,9%	153,674 6,3%	162,368 5,7%
M\$	91,327 9,0%	105,178 15,2%	111,031 5,6%	110,418 -0,6%	115,561 4,7%	121,431 5,1%	130,491 7,5%	138,559 6,2%	146,646 5,8%	154,279 5,2%
GDP\$	197,064 3,4%	206,671 4,9%	212,511 2,8%	218,333 2,7%	224,130 2,7%	232,692 3,8%	243,065 4,5%	252,938 4,1%	262,069 3,6%	271,212 3,5%

TAB. 3 : KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU PREISEN VON 1995)

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
C	103,425 2,5%	106,929 3,4%	108,426 1,4%	109,213 0,7%	110,561 1,2%	112,330 1,6%	115,250 2,6%	117,509 2,0%	119,695 1,9%	121,838 1,8%
CNP	3,405 1,5%	3,456 1,5%	3,481 0,7%	3,587 3,0%	3,612 0,7%	3,648 1,0%	3,712 1,8%	3,749 1,0%	3,798 1,3%	3,853 1,5%
CP	37,175 3,0%	37,145 -0,1%	36,628 -1,4%	36,655 0,1%	36,910 0,7%	36,910 0,0%	36,910 0,0%	37,095 0,5%	37,280 0,5%	37,467 0,5%
IF	46,696 4,5%	48,231 3,3%	47,020 -2,5%	45,459 -3,3%	48,180 6,0%	49,215 2,1%	50,944 3,5%	52,618 3,3%	54,103 2,8%	55,550 2,7%
IFE	19,504 4,7%	21,800 11,8%	21,342 -2,1%	20,233 -5,2%	21,495 6,2%	22,140 3,0%	23,303 5,3%	24,435 4,9%	25,564 4,6%	26,663 4,3%
IFC	24,891 0,3%	25,369 1,9%	24,743 -2,5%	24,567 -0,7%	25,377 3,3%	25,768 1,5%	26,154 1,5%	26,583 1,6%	26,939 1,3%	27,287 1,3%
DIF	-0,389 -0,366	-0,531 -0,142	-0,626 -0,095	0,031 0,657	0,014 -0,017	0,014 0,000	0,014 0,000	0,014 0,000	0,014 0,000	0,014 0,000
VD	190,312 2,9%	195,229 2,6%	194,929 -0,2%	194,944 0,0%	199,277 2,2%	202,118 1,4%	206,831 2,3%	210,985 2,0%	214,890 1,9%	218,721 1,8%
X	87,950 8,5%	99,717 13,4%	107,245 7,5%	111,192 3,7%	113,981 2,5%	120,723 5,9%	129,382 7,2%	137,284 6,1%	145,022 5,6%	152,321 5,0%
M	87,791 9,0%	97,961 11,6%	103,709 5,9%	104,962 1,2%	110,738 5,5%	116,073 4,8%	124,255 7,0%	131,148 5,5%	138,004 5,2%	144,344 4,6%
GDP	190,471 2,7%	196,985 3,4%	198,464 0,8%	201,174 1,4%	202,520 0,7%	206,768 2,1%	211,959 2,5%	217,121 2,4%	221,909 2,2%	226,699 2,2%

TAB. 4 : PREISINDIZES (1995 = 100)

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
PC	104,841 0,8%	106,342 1,4%	108,628 2,1%	109,848 1,1%	111,773 1,8%	113,897 1,9%	115,947 1,8%	117,884 1,7%	119,605 1,5%	121,351 1,5%
PCP	104,909 1,6%	106,910 1,9%	109,476 2,4%	110,920 1,3%	113,491 2,3%	115,534 1,8%	117,844 2,0%	120,048 1,9%	122,089 1,7%	124,164 1,7%
PIF	103,944 0,6%	105,061 1,1%	106,871 1,7%	107,689 0,8%	108,449 0,7%	109,832 1,3%	111,495 1,5%	112,928 1,3%	114,156 1,1%	115,207 0,9%
PIFE	100,923 1,0%	101,360 0,4%	101,620 0,3%	101,797 0,2%	102,128 0,3%	102,894 0,8%	104,180 1,3%	105,306 1,1%	106,232 0,9%	106,923 0,7%
PIFC	106,989 0,8%	108,648 1,6%	111,518 2,6%	112,719 1,1%	114,360 1,5%	116,361 1,8%	118,689 2,0%	120,647 1,7%	122,360 1,4%	123,951 1,3%
PVD	104,439 0,8%	106,509 2,0%	108,709 2,1%	109,559 0,8%	111,298 1,6%	113,215 1,7%	115,198 1,8%	117,041 1,6%	118,684 1,4%	120,301 1,4%
PX	101,913 -0,1%	104,208 2,3%	104,095 -0,1%	103,580 -0,5%	103,436 -0,1%	103,787 0,3%	104,565 0,7%	105,298 0,7%	105,966 0,6%	106,596 0,6%
PM	104,028 -0,1%	107,368 3,2%	107,060 -0,3%	105,198 -1,7%	104,355 -0,8%	104,616 0,3%	105,018 0,4%	105,651 0,6%	106,262 0,6%	106,883 0,6%
PGDP	103,461 0,7%	104,917 1,4%	107,078 2,1%	108,529 1,4%	110,670 2,0%	112,537 1,7%	114,676 1,9%	116,496 1,6%	118,098 1,4%	119,636 1,3%

TAB. 5 : EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
XG\$	60,504 7,3%	70,187 16,0%	74,722 6,5%	78,031 4,4%	79,539 1,9%	85,107 7,0%	92,803 9,0%	100,262 8,0%	107,715 7,4%	114,858 6,6%
XSO\$	12,086 3,3%	14,016 16,0%	15,886 13,3%	16,444 3,5%	17,033 3,6%	18,066 6,1%	19,394 7,3%	20,325 4,8%	21,146 4,0%	21,838 3,3%
XST\$	10,354 2,9%	10,752 3,8%	11,455 6,5%	11,884 3,7%	12,252 3,1%	12,684 3,5%	13,229 4,3%	13,760 4,0%	14,244 3,5%	14,731 3,4%
XADJ\$	6,688 48,4%	8,958 34,0%	9,573 6,9%	8,813 -7,9%	9,074 3,0%	9,437 4,0%	9,864 4,5%	10,210 3,5%	10,569 3,5%	10,941 3,5%
X\$	89,632 8,4%	103,913 15,9%	111,636 7,4%	115,172 3,2%	117,898 2,4%	125,295 6,3%	135,289 8,0%	144,557 6,9%	153,674 6,3%	162,368 5,7%
MG\$	63,596 7,0%	72,894 14,6%	75,862 4,1%	74,026 -2,4%	77,702 5,0%	82,217 5,8%	89,181 8,5%	95,713 7,3%	102,328 6,9%	108,519 6,0%
M\$O\$	9,994 2,0%	11,287 12,9%	12,362 9,5%	12,913 4,5%	13,237 2,5%	13,603 2,8%	14,426 6,1%	15,044 4,3%	15,613 3,8%	16,125 3,3%
M\$T\$	8,623 0,8%	9,216 6,9%	10,032 8,9%	9,932 -1,0%	10,215 2,8%	10,529 3,1%	11,008 4,5%	11,368 3,3%	11,693 2,9%	12,027 2,8%
MADJ\$	9,113 50,6%	11,781 29,3%	12,775 8,4%	13,547 6,0%	14,407 6,3%	15,082 4,7%	15,876 5,3%	16,434 3,5%	17,011 3,5%	17,609 3,5%
M\$	91,327 9,0%	105,178 15,2%	111,031 5,6%	110,418 -0,6%	115,561 4,7%	121,431 5,1%	130,491 7,5%	138,559 6,2%	146,646 5,8%	154,279 5,2%

TAB. 6 : EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU PREISEN 1995)

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
XG	59,953 7,9%	68,037 13,5%	73,076 7,4%	76,997 5,4%	79,051 2,7%	84,584 7,0%	91,774 8,5%	98,657 7,5%	105,464 6,9%	111,897 6,1%
XSO	11,566 0,9%	13,087 13,2%	14,468 10,6%	14,963 3,4%	15,328 2,4%	16,018 4,5%	16,899 5,5%	17,406 3,0%	17,841 2,5%	18,198 2,0%
XST	9,805 2,7%	9,910 1,1%	10,338 4,3%	10,535 1,9%	10,634 0,9%	10,794 1,5%	11,010 2,0%	11,230 2,0%	11,426 1,8%	11,626 1,8%
XADJ	6,627 49,2%	8,684 31,0%	9,362 7,8%	8,696 -7,1%	8,968 3,1%	9,327 4,0%	9,700 4,0%	9,991 3,0%	10,291 3,0%	10,600 3,0%
X	87,950 8,5%	99,717 13,4%	107,245 7,5%	111,192 3,7%	113,981 2,5%	120,723 5,9%	129,382 7,2%	137,284 6,1%	145,022 5,6%	152,321 5,0%
MG	61,858 7,2%	68,531 10,8%	71,816 4,8%	72,087 0,4%	76,500 6,1%	80,784 5,6%	87,408 8,2%	93,343 6,8%	99,299 6,4%	104,782 5,5%
M	9,464 2,7%	10,403 9,9%	11,383 9,4%	11,602 1,9%	11,871 2,3%	12,108 2,0%	12,714 5,0%	13,095 3,0%	13,423 2,5%	13,691 2,0%
MST	7,604 -1,4%	7,952 4,6%	8,416 5,8%	8,081 -4,0%	8,145 0,8%	8,247 1,3%	8,453 2,5%	8,559 1,3%	8,648 1,0%	8,737 1,0%
MADJ	8,864 50,8%	11,076 24,9%	12,094 9,2%	13,192 9,1%	14,222 7,8%	14,933 5,0%	15,680 5,0%	16,150 3,0%	16,635 3,0%	17,134 3,0%
M	87,791 9,0%	97,961 11,6%	103,709 5,9%	104,962 1,2%	110,738 5,5%	116,073 4,8%	124,255 7,0%	131,148 5,5%	138,004 5,2%	144,344 4,6%

TAB. 7 : EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT VGR (1995 = 100)

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
PXG	100,920 -0,6%	103,161 2,2%	102,253 -0,9%	101,343 -0,9%	100,618 -0,7%	100,618 0,0%	101,121 0,5%	101,627 0,5%	102,135 0,5%	102,645 0,5%
PXSO	104,500 2,4%	107,100 2,5%	109,800 2,5%	109,900 0,1%	111,122 1,1%	112,789 1,5%	114,763 1,8%	116,771 1,8%	118,523 1,5%	120,005 1,3%
PXST	105,600 0,2%	108,500 2,7%	110,800 2,1%	112,800 1,8%	115,212 2,1%	117,516 2,0%	120,160 2,3%	122,529 2,0%	124,661 1,7%	126,706 1,6%
PX	101,913 -0,1%	104,208 2,3%	104,095 -0,1%	103,580 -0,5%	103,436 -0,1%	103,787 0,3%	104,565 0,7%	105,298 0,7%	105,966 0,6%	106,596 0,6%
PMG	102,810 -0,1%	106,367 3,5%	105,633 -0,7%	102,690 -2,8%	101,571 -1,1%	101,774 0,2%	102,028 0,3%	102,538 0,5%	103,051 0,5%	103,566 0,5%
PMSO	105,600 -0,7%	108,500 2,7%	108,600 0,1%	111,300 2,5%	111,507 0,2%	112,343 0,8%	113,467 1,0%	114,885 1,3%	116,321 1,3%	117,775 1,3%
PMST	113,400 2,3%	115,900 2,2%	119,200 2,8%	122,900 3,1%	125,410 2,0%	127,668 1,8%	130,221 2,0%	132,825 2,0%	135,216 1,8%	137,650 1,8%
PM	104,028 -0,1%	107,368 3,2%	107,060 -0,3%	105,198 -1,7%	104,355 -0,8%	104,616 0,3%	105,018 0,4%	105,651 0,6%	106,262 0,6%	106,883 0,6%
Var1	97,966 -0,1%	97,058 -0,9%	97,230 0,2%	98,462 1,3%	99,120 0,7%	99,207 0,1%	99,569 0,4%	99,665 0,1%	99,721 0,1%	99,731 0,0%
Var2	98,162 -0,4%	96,985 -1,2%	96,800 -0,2%	98,688 2,0%	99,062 0,4%	98,864 -0,2%	99,111 0,2%	99,111 0,0%	99,111 0,0%	99,111 0,0%

TAB. 8 : LEISTUNGSBILANZ LT. OeNB (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
BPG	-3,377	-2,990	-1,403	3,765	1,654	2,590	3,221	4,049	4,787	5,639
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,088	0,387	1,587	5,168	-2,111	0,936	0,632	0,827	0,738	0,852
BPST	1,731	1,536	1,423	1,964	2,038	2,156	2,221	2,391	2,551	2,705
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,228	-0,195	-0,113	0,541	0,074	0,118	0,066	0,170	0,159	0,154
BPSO	-0,083	0,207	0,641	-1,333	-1,214	-1,182	-1,244	-1,243	-1,310	-1,455
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,702	0,290	0,434	-1,974	0,119	0,032	-0,063	0,002	-0,067	-0,145
BPOP	-2,698	-2,661	-3,441	-2,229	-2,458	-2,800	-3,000	-3,200	-3,400	-3,600
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,919	0,037	-0,780	1,212	-0,229	-0,342	-0,200	-0,200	-0,200	-0,200
BPTR	-1,902	-1,448	-1,352	-1,802	-2,065	-2,100	-2,200	-2,300	-2,300	-2,300
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,165	0,454	0,096	-0,450	-0,263	-0,035	-0,100	-0,100	0,000	0,000
BPC	-6,330	-5,356	-4,132	0,365	-2,045	-1,336	-1,002	-0,303	0,328	0,988
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-1,645	0,974	1,224	4,497	-2,410	0,709	0,334	0,699	0,631	0,660

TAB. 9 : AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG OESTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)		1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Var1	IMPORTQUOTE, GESAMT	46,344	50,891	52,247	50,573	51,560	52,185	53,686	54,780	55,957	56,885
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	2,376	4,548	1,356	-1,674	0,986	0,626	1,500	1,095	1,177	0,928
Var2	IMPORTQUOTE, GUETER	32,272	35,270	35,698	33,905	34,668	35,333	36,690	37,840	39,046	40,013
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	1,105	2,999	0,427	-1,793	0,763	0,665	1,357	1,150	1,206	0,966
Var3	EXPORTQUOTE, GESAMT	45,484	50,279	52,532	52,751	52,603	53,846	55,660	57,151	58,639	59,867
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	2,111	4,796	2,253	0,219	-0,148	1,243	1,814	1,491	1,488	1,228
Var4	EXPORTQUOTE, GUETER	30,703	33,961	35,162	35,739	35,488	36,575	38,180	39,639	41,102	42,350
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	1,110	3,258	1,201	0,578	-0,252	1,087	1,605	1,459	1,463	1,248
Var5	LEISTUNGSBILANZQUOTE	-3,212	-2,592	-1,944	0,167	-0,912	-0,574	-0,412	-0,120	0,125	0,364
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,754	0,620	0,647	2,112	-1,080	0,338	0,162	0,292	0,245	0,239

TAB. 10 : ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
POPWAT	5189,308 0,2%	5194,357 0,1%	5200,949 0,1%	5213,343 0,2%	5233,511 0,4%	5246,265 0,2%	5257,789 0,2%	5275,169 0,3%	5291,368 0,3%	5306,090 0,3%
TLFPR	71,311 0,2%	71,248 -0,1%	71,647 0,6%	72,224 0,8%	72,715 0,7%	72,798 0,1%	73,075 0,4%	73,214 0,2%	73,441 0,3%	73,705 0,4%
TLF	3700,541 0,4%	3700,852 0,0%	3726,338 0,7%	3765,279 1,0%	3805,538 1,1%	3819,199 0,4%	3842,133 0,6%	3862,158 0,5%	3886,027 0,6%	3910,868 0,6%
Var1	3366,933 0,3%	3355,244 -0,3%	3366,418 0,3%	3394,716 0,8%	3416,968 0,7%	3418,001 0,0%	3424,486 0,2%	3431,981 0,2%	3442,945 0,3%	3454,493 0,3%
DLFOR	333,608 2,0%	345,608 3,6%	359,920 4,1%	370,563 3,0%	388,570 4,9%	401,198 3,3%	417,648 4,1%	430,177 3,0%	443,082 3,0%	456,375 3,0%
SEG	370,900 0,3%	372,800 0,5%	374,300 0,4%	377,700 0,9%	380,700 0,8%	383,555 0,8%	386,432 0,8%	389,137 0,7%	391,472 0,6%	393,429 0,5%
DLF	3329,641 0,5%	3328,052 0,0%	3352,038 0,7%	3387,579 1,1%	3424,838 1,1%	3435,644 0,3%	3455,701 0,6%	3473,021 0,5%	3494,556 0,6%	3517,439 0,7%
LEA	3026,206 1,2%	3054,440 0,9%	3066,879 0,4%	3051,925 -0,5%	3057,409 0,2%	3072,696 0,5%	3097,277 0,8%	3124,533 0,9%	3146,668 0,7%	3168,955 0,7%
LENACT	81,692 -6,8%	79,298 -2,9%	81,275 2,5%	103,236 27,0%	127,351 23,4%	120,983 -5,0%	123,403 2,0%	124,020 0,5%	124,020 0,0%	124,020 0,0%
UN	221,743 -6,7%	194,314 -12,4%	203,883 4,9%	232,418 14,0%	240,079 3,3%	241,965 0,8%	235,021 -2,9%	224,468 -4,5%	223,868 -0,3%	224,464 0,3%
UR	6,660 -0,515	5,839 -0,821	6,082 0,244	6,861 0,779	7,010 0,149	7,043 0,033	6,801 -0,242	6,463 -0,338	6,406 -0,057	6,381 -0,025

TAB. 11 : EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
GDP\$	197,064 3,4%	206,671 4,9%	212,511 2,8%	218,333 2,7%	224,130 2,7%	232,692 3,8%	243,065 4,5%	252,938 4,1%	262,069 3,6%	271,212 3,5%
YWGG\$	103,679 3,6%	107,231 3,4%	109,512 2,1%	111,872 2,2%	114,809 2,6%	117,979 2,8%	122,657 4,0%	127,172 3,7%	131,339 3,3%	135,600 3,2%
BUSE	68,182 1,9%	73,720 8,1%	77,065 4,5%	79,952 3,7%	82,621 3,3%	87,212 5,6%	91,807 5,3%	96,044 4,6%	99,975 4,1%	103,823 3,8%
PASUB	25,203 6,5%	25,720 2,1%	25,934 0,8%	26,509 2,2%	26,700 0,7%	27,501 3,0%	28,601 4,0%	29,721 3,9%	30,755 3,5%	31,789 3,4%
YF\$	-3,037 45,8%	-3,155 3,9%	-3,799 20,4%	-1,990 -47,6%	-2,322 16,7%	-2,322 0,0%	-2,322 0,0%	-2,322 0,0%	-2,322 0,0%	-2,322 0,0%
DEP\$	28,183 3,7%	29,574 4,9%	30,983 4,8%	32,098 3,6%	33,109 3,1%	34,350 3,8%	35,638 3,8%	36,875 3,5%	38,085 3,3%	39,273 3,1%
Y\$	165,844 2,8%	173,943 4,9%	177,729 2,2%	184,245 3,7%	188,699 2,4%	196,019 3,9%	205,104 4,6%	213,741 4,2%	221,662 3,7%	229,617 3,6%
YT\$	-1,143 -5,2%	-0,883 -22,7%	-0,808 -8,5%	-1,732 114,4%	-2,002 15,6%	-2,002 0,0%	-2,002 0,0%	-2,002 0,0%	-2,002 0,0%	-2,002 0,0%
NE\$	164,701 2,8%	173,060 5,1%	176,921 2,2%	182,513 3,2%	186,697 2,3%	194,017 3,9%	203,102 4,7%	211,739 4,3%	219,660 3,7%	227,615 3,6%

Autoren: Bernhard Felderer, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Christian Helmenstein,
Helmut Hofer, Reinhard Koman, Monika Riedel, Ulrich Schuh, Edith Skriner

Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 2004-2008

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 34

Redaktion: Beatrix Pawelczak

© 2004 Institut für Höhere Studien (IHS)

Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)

Stumpergasse 56, A-1060 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 59991-555 ♦ <http://www.ihs.ac.at>
